

Gymnasium

Nr. 5-6/2019

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Tag des Gymnasiums am 6. April in Stuttgart

- Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer: Wider die digitale Demenz.
- Prof. Dr. em. Gertraud Teuchert-Noodt: Die digitale Revolution und die Zukunft unserer Kinder.
- Außerdem Workshops zu folgenden Themenbereichen:
 - Aktuelle Infos aus dem Tarifbereich – Generation Elterngeld – Auswirkungen von Teilzeit und Beurlaubung auf die Pension – Auslandsschulwesen – Berufliche Perspektiven für Referendare



Editorial (R. Scholl)	2
Karikatur: Lehrerversorgung	3
PhV im Gespräch: Ursula Kampf	4
Bundestagung Juphis (Maximilian Röhrich)	6
Podiumsdiskussion der JuPhi (Martina Scherer)	8
Thema aktuell: FDP	9
Aktuelles aus dem HPR (Jörg Sobora)	10
Leserbeitrag: Nur mit Nachhilfe ins Abitur (Helmut Röhm)	12
Schulvertreterversammlung NB (Stephan Neubrand)	13
Tag des Gymnasiums	
Vortrag Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer (Enver Groß)	15
Vortrag Prof. Dr. em. Gertraud Teuchert-Noodt (Evelyn Kapahnke)	16
Workshops am Tag des Gymnasiums	17
Regionalversammlung BV Freiburg (Bettina Hölischer)	20
22 Jahre PhV (Ruth Schmiat)	21
Bildungsgespräch Bildungsgerechtigkeit (Richard Zöllner)	22
Kommentar: Fridays for Future (Ingrid Ritt)	23
Nach der Wahl ist vor der Wahl (Enver Groß)	25
Mein Leben als Lehrer an einer deutschen Schule in Ägypten (Martin Schnackenberg)	26
Titelfoto: Hans-Multscher-Gymnasium Leutkirch (Foto: Evelyn Kapahnke)	

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter:
Enver Groß [E.G.] | gross.enver@phv-bw.de
Veilchenweg 15 | 88276 Berg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] | Bettina Hölischer [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] | Anne Käbbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] | Christine Waibel [C.W.] | Richard Zöllner [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

Juli-August-Ausgabe: 24. Juni 2019,
Sept.-Okt.-Ausgabe: 9. September 2019.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

wie gewohnt, ein kurzer Rück- und Ausblick auf die wichtigsten Themen:

Personalratswahlen

Die Personalratswahlen im Gymnasialbereich sind gelaufen. Wenn Sie dieses Heft in Händen halten, sollten die Resultate für BPR und HPR gerade veröffentlicht worden sein. Wir hoffen natürlich, dass unser aller Einsatz zu entsprechend guten Ergebnissen für den PhV BW geführt hat.

Der Personalratswahlkampf war für alle Aktiven im PhV BW – angefangen bei den Schulvertretern über die Bezirke und die Wahlkampfkommission bis zu unserer Geschäftsstelle – eine enorme zusätzliche Belastung, die wir alle gemeinsam gut gemeistert haben.

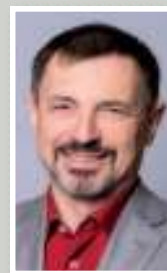
Eine lange Liste von Punkten, die beim nächsten Mal verbessert werden können, wird gerade von den Beteiligten erstellt. Haben Sie selbst noch Verbesserungsvorschläge, dann schreiben Sie uns diese bitte an info@phv-bw.de.

Tag des Gymnasiums

Der Tag des Gymnasiums, den wir am 6. April in Stuttgart veranstaltet haben, wurde von den über 150 Teilnehmern als äußerst anregende und gelungene Veranstaltung beurteilt. Nächstes Jahr werden wir einen vergleichbaren 'Tag des Gymnasiums' mit anderem Themenschwerpunkt wieder durchführen. Lesen Sie dazu bitte auch die Berichte in dieser Ausgabe.

Neue Mitgliederverwaltung

Unsere neue Mitgliederverwaltung ist geschäftsstellenintern seit Anfang April im Einsatz. Sie erleichtert bereits viele Abläufe und bewährt sich gerade. Derzeit wird sie optimiert, um sie möglichst gut an unsere besonderen Verbandsbedürfnisse anzupassen.



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Interner Webseiten-Bereich des PhV BW

Als Zusatznutzen für die Einzelmitglieder wird ein interner PhV-Webseiten-Bereich (unter <https://intern.phv-bw.de> aufrufbar) spätestens zum neuen Schuljahr freigeschaltet. Die dafür notwendigen, umfangreichen Vorbereitungen sind im vollen Gange. Wir wollen versuchen, möglichst zum 1. August jedem Mitglied den vollen Zugang zu diesem internen Bereich zu ermöglichen.

Dazu werden wir Ihnen **per E-Mail** neben den Informationen zu den neuen Möglichkeiten auch ein **individuelles Erst-Passwort** zusenden. Teilen Sie uns deshalb bitte möglichst zeitnah, spätestens bis zum Schuljahresende, Ihre **aktuelle E-Mail-Adresse** mit, falls Sie dies bisher noch nicht getan haben. Wenn Sie im letzten halben Jahr bereits Informationen des PhV BW per E-Mail bekommen haben, liegt uns diese bereits vor.

Sind Sie neugierig geworden? Dann werfen Sie doch einen ersten Blick auf die auch für Nicht-Mitglieder (mit eingeschränkter Funktionalität) nutzbare Seite <https://intern.phv-bw.de> (Ein Login ist derzeit leider noch nicht möglich). Sobald Sie sich als Mitglied einloggen können, wird das Menü auf der linken Seite deutlich umfangreicher werden.

Ausführliche Informationen zur neuen internen Webseite werden Sie per E-Mail sowie in der nächsten Ausgabe von *GYMNASIUM BADEN-WÜRTTEMBERG* erhalten.

So viel sei aber schon verraten: Die Anmeldung zu PhV-Veranstaltungen und die Bestellung der TimeTEX-Schuljahresplaner wird ab nächstem (Schul-)Jahr dann über diese Webseite erfolgen. Im laufenden Schuljahr

wird dies leider noch nicht möglich sein.

Gespräche mit dem Kultusministerium und politischen Parteien

Unsere Gespräche mit den politischen Parteien und dem Kultusministerium wurden im letzten Quartal intensiviert.

- Mittlerweile reden wir in regelmäßigem Turnus und so häufig wie möglich mit allen Parteien, die auch mit uns reden wollen.
- Auch mit der Kultusministerin haben wir inzwischen einen vierteljährlichen Gesprächsrhythmus verabredet. Das Hauptthema der derzeitigen Gespräche war die ungenügende Ausstattung der **neuen Oberstufe** mit Lehrerstunden. Dazu haben wir auch eine Umfrage zu den Vorwahl-Ergebnissen an den Gymnasien durchgeführt, an der sich knapp zwanzig Prozent aller Schulen beteiligt haben. Die anonymisierten Umfrageergebnisse haben wir zur Untermauerung unserer Argumentation ans Kultusministerium weitergeleitet.

Unser Hauptbedenken ist, dass aufgrund der zu geringen Lehrerstundenausstattung der Kursstufe zahlreiche Schulen gezwungen sein werden, in viel zu vielen Fächern sogenannte Aufsetzerkurse einzurichten. Dies bedeutet gemeinsamen Unterricht von Basis- und Leistungsfach-Schülern im Rahmen des Basisfachs sowie zwei oder drei Stunden *zusätzlichen* Unterricht für die Leistungsfach-Schüler. Dies würde aber das erklärte Ziel der neuen Kursstufen-Konzeption, eine Qualitätssteigerung zu ermöglichen, ins Gegenteil verkehren.

Mittlerweile werden unsere Bedenken über eine unverhältnismäßig große Zahl von Aufsetzerkursen und den damit verbundenen Qualitätsverlust im Kultusministerium wahr- und ernstgenommen. Gespräche mit dem Ziel einer Verbesserung der Situation laufen.

Das Problem ist übrigens an ländlichen Gymnasien besonders

ausgeprägt, da diese verkehrstechnisch oft so weit von ihren Nachbargymnasien entfernt sind, dass keine oder nur ganz wenige KOOP-Kurse eingerichtet werden können. Bei der bisher geplanten Ressourcenausstattung bleibt hier lediglich der Ausweg über Aufsetzerkurse und jahrgangsübergreifende Kurse und eine starke Einschränkung der Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler.

Es gilt eben auch für die neue Oberstufe: **Gute Bildung kostet Geld!**

- Im Rahmen unserer Gespräche wurden auch die Kontakte zu den Direktorenvereinigungen und zum Landesschülerbeirat intensiviert.

LaiW-Studie

Die Auswertung der **LaiW-Studie** (Lehrerarbeitszeit im Wandel), deren Datenerhebung im Februar/März 2018 durchgeführt wurde, ist immer noch nicht abgeschlossen. Der Deutsche Philologenverband teilte uns mit, dass mit der Veröffentlichung erster Ergebnisse nicht vor Jahresende zu rechnen sei.

In Baden-Württemberg haben über zehn Prozent der gymnasialen Lehr-

kräfte an dieser Studie teilgenommen. Der geplante Auswertungszeitraum von nur einem Jahr war dabei wohl etwas naiv gedacht. Auch die Ergebnisse der PISA-Studien, bei denen jeweils deutlich weniger Schülerinnen und Schüler teilnehmen, werden in der Regel erst zwei bis drei Jahre nach deren Erhebungen veröffentlicht.

Dass wir in Baden-Württemberg aufgrund unseres sehr hohen Deputats von 25 Wochenstunden besonders stark an den Ergebnissen dieser Studie interessiert sind, ist klar. Leider bleibt uns jedoch nichts anderes übrig, als diese geduldig abzuwarten.

So weit der Stand der Dinge.

Ich wünsche Ihnen erst erholsame Pfingstferien und danach einen guten Endspurt in diesem Schuljahr: Viel Kraft und Geduld für das mündliche Abitur, die letzten Klassenarbeiten, die Erstellung der Jahresendnoten und die Noten-Konferenzen!

Ihr *Ralf Scholl*

Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Wir können alles. Außer Lehrerversorgung?



Ursula Kampf (Referat Arbeitnehmer/Tarif und AKA)

»Es mangelt an Glaubwürdigkeit«

Ursula Kampf leitet im PhV BW das Referat Arbeitnehmer/Tarif und ist Vorsitzende des Arbeitskreises Arbeitnehmer. Im Interview mit GBW äußert sie sich zur Bedeutung der Arbeitnehmer, zu ihrer Arbeit im Verband und zu ihren berufspolitischen wie auch bildungspolitischen Ansichten und Zielen.

E.G.: Frau Kampf, wie würden Sie ihre Arbeitsweise beschreiben?

U.K.: Nomen est omen (der Name ist Programm) oder Lant it luck (lasst nicht locker)!

Beide Sinnsprüche beschreiben zusammen meinen Kampfgeist und meine Beharrlichkeit, wenn es darum geht, eine Position zu vertreten und ein Ziel zu erreichen. Aber nicht frei schwebend, losgelöst von der Realität, oder aus Freude am Konflikt, sondern aufgrund einer gründlichen, ehrlichen Analyse der Sachlage ohne Scheu vor ggf. unpopulären Ergebnissen, und verbunden mit konstruktiven, wenn vielleicht auch nicht den erwarteten Lösungsvorschlägen.

E.G.: Welche Rolle spielen für Sie als deren Vertreterin die Arbeitnehmerlehrkräfte im Land?

U.K.: Die Arbeitnehmer/innen sind gegenüber den beamteten Lehrkräften in Baden-Württemberg deutlich in der Minderheit und in sich eine heterogene Beschäftigtengruppe; ihre Interessen – auch in den relevanten Gremien – zu vertreten ist für mich umso mehr Berufung und Ansporn. Als verantwortungs- und pflichtbewusste Vorsitzende des Arbeitskreises Arbeitnehmer im PhV BW gebe ich die von mir aufbereiteten Informationen zuverlässig an die Arbeitnehmer weiter. Zugute kommen mir hierbei meine Verbindungen in die

Dachverbände als Vorstandsmitglied der BBW-Landestarifkommission und als DPhV-Mitglied der dbb-Bundestarifkommission.

E.G.: Wie sehen Sie Ihre Arbeit für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte in Baden-Württemberg?

U.K.: In den Dachverbänden möchte ich das Bestmögliche für die Arbeitnehmer rausholen und auch im PhV BW möchte ich ihre Rolle weiter stärken. In vielerlei Hinsicht sind die tarifbeschäftigten Lehrkräfte – unter anderem über die Regelungen von § 44 TV-L – an die Vorschriften für beamtete Lehrkräfte 'angedockt' und damit gleichermaßen von den für alle unbefriedigenden Rahmenbedingungen betroffen. Ihre Interessen zu vertreten bedeutet für mich deshalb, mich berufspolitisch umfassend – über die tarifpolitischen Themen hinaus – zu engagieren. Berufs- und Bildungspolitik sind für mich nur zwei Seiten derselben Medaille, wobei die Berufspolitik das notwendige Fundament darstellt.

E.G.: Wo sehen Sie berufspolitischen Handlungsbedarf?

U.K.: Woran mangelt es am meisten? An Glaubwürdigkeit! Wertschätzungsbekundungen, die angesichts der mehrfachen Deputatserhöhungen und Verschlechterungen der Altersermäßigungsregelungen in Verbindung mit immer neuen zusätzlichen Aufgaben wie euphemistische Worthülsen wirken, anstatt mit ziel führenden Taten zu überzeugen und gute, hilfreiche Rahmenbedingungen für die Arbeit und die Arbeitenden (ob Beamte oder Tarifbeschäftigte) zu schaffen, bewirken Frustration, Wut, Ohnmacht und auf längere Sicht innere Emigration, Zynismus und im schlimmsten Fall Erkrankung bis hin zur Berufsunfähigkeit.

E.G.: Was müsste man tun, um diese Situation zu verbessern?

U.K.: Es fehlen die Rahmenbedingungen, damit Lehrkräfte voller Elan vierzig Jahre, wie vom Dienstherrn respektive Arbeitgeber erwartet, unterrichten können. Weitsichtige Politik müsste uns Lehrkräfte deshalb 'hegen und pflegen' und diese Devise auch gegenüber allen Ebenen, auf denen Leitungsfunktionen wahrgenommen werden, ausgeben. Dies bedeutet Verhältnisprävention, d.h. notwendige Ressourcen und effektive Arbeitsabläufe zu installieren. Ebenso sollte der Dienstherr zur Gesundheitsfürsorge weitere Verhaltenspräventionsmaßnahmen einführen.

E.G.: Um welche weiteren Maßnahmen handelt es sich hierbei?

U.K.: Dies bedeutet klar begrenzte Aufgaben mit klarem, zeitlich begrenztem Rahmen, abgedeckt durch Extra-Ressourcen; flankierendes, unterstützendes Personal; niedrigeres Deputat; kleinere Klassen/Unterrichtsgruppen; homogenere Lerngruppen; Puffer an Lehrerstunden zusätzlich zum Ergänzungsstundenpool bei Belastungsspitzen wie dem Abitur ohne Belastung der Kollegen; schrittweise Reduzierung der Arbeitsverpflichtung in Richtung gleitendem Übergang in den Ruhestand ab dem Alter von 55 Jahren; Angebot von Altersteilzeit für alle; berufsbegleitend ein systematisches Training zur Abgrenzung von Arbeit und Freizeit; als hilfreiche Ergänzung hierzu eine systematische, von Schulaufsicht und –Hierarchie komplett getrennte Supervision, in die Arbeitszeit einbezogen, die hilft, für gelingende Arbeit notwendigerweise gelingende Beziehungen zu gestalten bzw. gestalten zu können. Die Umsetzung all dieser Rahmenbedingungen würde zusätzlich helfen, den sogenannten 'Schweinezyklus' in Bezug auf die Lehrereinstellung bzw. die Nichteinstellung von in Baden-Württemberg fertig ausgebildeten Lehrkräften zu durchbrechen und die Einstellungschancen für Vertretungslehrkräfte über das sogenannte Zusatzqualifikationsverfahren zu erhöhen.

E.G.: Sie setzen sich noch für viele weitere berufspolitische Forderungen ein. Wie sieht es jedoch mit den bil-

Zur Person**Ursula Kampf ...**

- hat in Mannheim die Fächer Musik und Geschichte studiert;
- unterrichtete von 1987 bis 2014 am Hohenlohe-Gymnasium in Öhringen (HGÖ), zunächst als Lehrkraft im Arbeitnehmer-verhältnis, dann verbeamtet;
- war bis 2013 Schulvertreterin des Philologenverbands am HGÖ;
- war von 1997 bis 2014 Mitglied des Örtlichen Personalrats am HGÖ, ab 2001 als Vorsitzende;
- war von 2001 bis 2005 stellvertretende Vorsitzende im Bezirkspersonalrats Stuttgart (Arbeitnehmervertreterin);
- ist seit 2001 Beisitzerin im Bezirksverband Nordwürttemberg des PhV BW mit dem Arbeitsgebiet Arbeitnehmer/Tarif;
- ist seit 2001 Mitglied des Arbeitskreises Arbeitnehmer (AKA) des PhV BW
- ist seit 2005 Mitglied im HPR (Arbeitnehmervertreterin);

- ist seit 2008 Regionalvertreterin der Region Heilbronn;
- leitet seit 2008 den Arbeitskreis Arbeitnehmer sowie das Referat Arbeitnehmer/Tarif im PhV BW;
- ist seit 2012 Mitglied der Bundestarifkommission des dbb Beamtenbund Tarifunion;
- ist seit 2014 Mitglied im BPR Stuttgart (Arbeitnehmervertreterin);
- ist Beisitzerin im Vorstand des Regierungsbezirksverbands Stuttgart des BBW;
- war bis 2017 Mitglied im Arbeitnehmersausschuss und in der Landestarifkommission des BBW Beamtenbund Tarifunion;
- ist seit 2018 Vorstandsmitglied der Landestarifkommission des BBW Beamtenbund Tarifunion;
- führt Fortbildungen zu Arbeitnehmer-/Tarif-Themen durch;
- bestreitet bei PhV-Publikationen den jeweiligen Tarif-Abschnitt und leitet die AKA-Infoblätter-Redaktion;
- bringt die Verbandspositionen in die Tarifverhandlungen der Dachverbände auf Landes- und Bundesebene ein.

Die Analytisch-Kreative

Ursula Kampf leitete viele Jahre Musik-AGs an ihrem Gymnasium und führte für die jeweils aktuelle AG-Besetzung von ihr geschaffene Singspiele (Text und Musik) auf. Sie entspannt sich gern im Thermalbad und schaltet beim Wandern, Handarbeiten und Lesen ab. Sie ist eine Freundin klarer Worte und geht mit Analyse, Kampfgeist und Beharrlichkeit das an, was sie für wichtig und richtig erachtet.

Welchen Ansatz verfolgen Sie hier?

U.K.: Im Bereich der Bildungspolitik ist als Voraussetzung für ein prosperierendes Gemeinwesen eine breite Allgemeinbildung, orientiert am Humboldt-schen Bildungsideal notwendig, die unsere nächsten Generationen zukunftsfähig macht und nicht eine nützlichkeitsorientierte Ausbildung eines 'Humankapitals'.

Und was bedeutet dies konkret für den Unterricht?

U.K.: Alle Fächerbereiche müssen Gewicht haben und mit Beginn der 5. Klasse wissenschaftspropädeutisch ausgerichtet sein. Auf einer gesicherten Basis von Lehrerstunden trägt ein breites AG-Angebot, das über die schulischen Fächer hinausreicht, den unterschiedlichen Stärken der Schülerinnen und Schüler Rech-

nung. Sowohl die 'Käpsele' als auch diejenigen, die sich in einem Fach schwer tun, werden gefördert. Natürlich auf der Basis von genügend vorhandenen Lehrerstunden! Ein breites Angebot an Schwerpunkten kommt den Stärken und Neigungen der Jugendlichen ab der Mittelstufe und besonders in der Kursstufe entgegen. G 9 wird dort, wo gewünscht, verwirklicht, und für viele damit ermöglicht, Lern- und Entwicklungsprozesse ohne Zeitdruck, Interessen außerhalb der Schule (musisch, sportlich, gesellschaftlich) zu pflegen. Kleinere Klassen und Lerngruppen ermöglichen eine homogenere Zusammensetzung. Eine gesicherte Ausgangsbasis an Wissen und Können zu Beginn der 5. Klasse verhilft zu einem gelingenden Start am Gymnasium.

E.G.: Vielen Dank für das Interview.

Internationales Bodenseetreffen 2019 in St. Gallen

Wie seit Jahrzehnten gibt es am 21./22. September 2019 wieder ein Internationales Bodenseetreffen der gymnasialen Lehrkräfte aus den Bodensee-Anrainerländern. Dieses Jahr wird es federführend von Seiten der Schweiz in St. Gallen ausgerichtet.

Dazu fand am 9. März 2019 in Zürich das Vorbereitungstreffen der beteiligten Lehrerverbände statt, bei dem die Planungen finalisiert und das Konzept beschlossen wurden. Anwesend waren Vorstandsmitglieder aus Österreich, der Schweiz, Liechtenstein, Bayern und Baden-Württemberg.

Das Bodenseetreffen startet am Samstag, dem 21. September 2019, ab 15:00 Uhr mit einem Vortrag von Prof. Dr. Walter Herzog, emeritiertem Ordinarius für Pädagogische Psychologie an der Universität Bern, zum Thema 'Gymnasiale Bildung – Mittel oder Zweck oder Mittel zum Zweck?' mit anschließender Diskussion. Danach wird ein fakultatives Kulturprogramm angeboten. Am Abend findet das traditionelle gemeinsame Abendessen statt. Am Sonntag wird Prof. Dr. Peter Strasser von der Universität Graz den Festvortrag halten. Das gesamte Bodenseetreffen wird sich mit der Frage der Übergänge, der Brücken bzw. Brüche an der Schnittstelle Schule-Universität beschäftigen.

Für alle Teilnehmer des Treffens wird am Samstagvormittag bereits die Möglichkeit geboten, an einer Lehrerfortbildung des Kantons St. Gallen teilzunehmen. Näheres hierzu wird noch bekanntgegeben.

Auf der Homepage des Bodenseetreffens <https://www.bodenseetreffen.eu> wird in absehbarer Zeit das genaue Programm veröffentlicht.

Das Bodenseetreffen 2020 (Jubiläum: 60 Jahre!) wird in Baden-Württemberg durchgeführt werden, voraussichtlich am 26./27. September 2020. **Karin Fetzner**



>> Die Juphis bei der Arbeit – Prof. Dr. Kuhn referiert über das 'Hypermind'

Bundestagung der Juphis in Trier:

Eine schöne neue Welt?

Zur Frühjahrstagung der Jungen Philologen im Deutschen Philologenverband (Juphis im DPhV) Anfang April trafen sich die Delegierten im rheinland-pfälzischen Trier. Für die JuPhi aus Baden-Württemberg reisten Martina Scherer (Vorsitzende der JuPhi BW) und Maximilian Röhrich (stellvertretender Vorsitzender der JuPhi BW und Mitglied des erweiterten Bundesvorstandes der Juphis im DPhV) an.

Passend zum Thema der Tagung (die aktuellen Entwicklungen der Digitalisierung) begann das Kernprogramm der Sitzung mit einer über Internet gestreamten Video-Botschaft der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (SPD), die leider terminlich verhindert war. Ein Novum sowohl für die Juphis als auch für die Ministerin selbst.

In persona erschien indes Ministerialrat Bernhard Bremm vom Bildungsministerium (Abteilung Gymnasium), der über die Besonderheiten des rheinland-pfälzischen Bildungswesens und die aktuelle Situation der Junglehrer berichtete.

Als Experte zum Thema 'Digitalisierung' beleuchtete Prof. Dr. Jochen Kuhn (TU Kaiserslautern) die Frage: Wie können Lehrkräfte im Hinblick auf das Lehren und Lernen mit digitalen Medien professionalisiert und unterstützt werden? Es ging ihm in seinem Vortrag vor allem darum, aufzuzeigen, dass Konzepte für digitales Lernen in allen Phasen des Lernens förderlich und integrierbar seien. Dabei lag sein besonderer Schwerpunkt auf konkreten Praxisbeispielen (Prof. Dr. Kuhn war in seiner ersten Karriere selbst Gymnasiallehrer) aus dem Fremdsprachen- und Physikunterricht zum sogenannten 'Hypermind', einem antizipierenden und interagierenden digitalen Schulbuch, welches mithilfe eines besonderen 'Eyetracking-Device' die spezifischen Lese- und Blickdaten der Schüler erfassen kann.

Diese Daten werden automatisch ausgewertet, sodass sich das digitale Schulbuch dem 'User' in Echtzeit anpasst.

Dabei geht es nicht mehr bloß darum, diese Daten zu sammeln und damit das Buch später ergonomisch zu optimieren (sprich: das Layout zu verändern), sondern um eine komplette und stetige Anpassung des Buches selbst. Das Buch 'merkt', wo der 'User' sich im Text befindet und verändert automatisch die Größe der Texte und Bilder, verändert ihre Anordnung völlig oder lässt gar ein Bild zum Video werden.

Damit aber noch nicht genug. Wenn nun der 'User' irgendwo – sagen wir bei einem schwierigen Wort etwa – verweilt, wird das Wort automatisch übersetzt oder paraphrasiert. Niemand muss mehr mühsam etwas nachschlagen. Auch verändert das digitale Lehrbuch seinen Text in Gänze, wenn es 'erkennt', dass man einen seiner Texte nach wichtigen Inhalten gezielt durchsuchen möchte. Der ursprüngliche Text tritt dann sogleich in den Hintergrund, wobei nur noch vorselektierte Schlüsselwörter als 'Highlights' hervortreten.

Bei so viel schöner neuer Welt wurde es dem einen oder anderen Kollegen dann doch etwas unwohl. »Wenn wir uns überlegen«, merkte Maximilian Röhrich an, »was das Fast Food in den letzten Jahren mit unseren Ernährungsgewohnheiten und unserer Esskultur angestellt hat, dann muss die Frage erlaubt sein, was dieses Bildungs-Fast-Food mit dem Lernenden und der gymnasialen Bildung anstellen wird.«

»Lernen muss ja gerade schwierig sein, damit tiefgründiges Lernen überhaupt stattfinden kann. Man lernt das alpine Bergsteigen ja auch nicht beim gemütlichen Lustwandeln im Tale!

Wenn man dem Schüler alles sofort abnimmt, dann können sich seine Fähigkeiten für komplexes akademisches Arbeiten gar nicht ausbilden – ganz zu schweigen von der unheimlich anmutenden Idee, dass dem Schüler indirekt schon vorgeschrieben wird, was für ihn wichtig zu sein hat und was nicht.«

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion stellte der Forscher immer wieder klar, dass die Digitalisierung im Bereich Schule seiner Ansicht nach keine Frage eines Entweder – Oder mehr sein könne. Es müsse und könne folglich lediglich darum gehen, genau empirisch zu prüfen, was einen didaktischen Mehrwert habe und was nicht. Belastbare Daten für das sich noch in Entwicklung befindende 'Hypermind' stünden noch aus.

Durch die Debatte motiviert und mit der Fragestellung nach dem didaktischen Mehrwert im Hinterkopf machten sich die versammelten Juphis an die Arbeit, um ihr eigenes Positionspapier (*Zehn Forderungen der Jungen Philologen zur Digitalisierung*) zu verfassen und zu verabschieden.

Der Ausklang und bewusste Gegenpol der Arbeitssitzung bildete der gemeinsame Spaziergang zu einer althergebrachten und von Grund auf analogen Sehenswürdigkeit der ältesten Stadt Deutschlands, der Porta Nigra (*siehe Bild*).

Als Resümee für Martina Scherer, die als neugewählte JuPhi-Landesvorsitzende zum ersten Mal an der Bundessitzung teilnahm, blieb besonders der intensive Austausch mit den Landesvorsitzenden der anderen Bundesländer hervorzuheben. Dies war für sie interessant und spannend. Es bestärke sie in ihrem Ziel, die Vernetzung innerhalb des DPhV weiter voranzubringen und so auch weiter ge-



>> Martina Scherer
und Maximilian
Röhricht vor der
Porta Nigra

meinsam neue Gedanken und Konzepte für die Jungen Philologen zu entwickeln.

Maximilian Röhricht

Profitieren Sie von unserer Leistungsstärke

Debeka – Der Versicherer
für Beamte und Angestellte
im Öffentlichen Dienst

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstellen in Baden-Württemberg

Kaiser-Joseph-Straße 272, 79098 Freiburg,
Telefon (07 61) 3 86 54 - 0

Augustaanlage 22-24, 68165 Mannheim,
Telefon (06 21) 17 02 78 - 0

Rotebühlstraße 81, 70178 Stuttgart,
Telefon (07 11) 6 19 69 - 0



www.debeka.de/socialmedia

Podiumsdiskussion

'Coding oder Kant'



Fotos: Martina Scherer

>> v.l.n.r.: Hartmut Loos (Altphilologenverband RP), Pascal Kober (FDP, MdB), Irene Schuster (Kreisvorsitzende der JuLis in Tübingen), Martina Scherer (Landesvorsitzende der JuPhi), Johannes Ellenberg (Start-up-Experte)

Die Landesvorsitzende der Jungen Philologen, Martina Scherer, war der Einladung der Jungen Liberalen im Kreis Tübingen gefolgt und nahm am 23. März 2019 als Diskutantin an einer Podiumsdiskussion zum Thema Digitalisierung 'Coding oder Kant' in Tübingen teil. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit bietet liberale Angebote zur politischen Bildung, zu welchen diese Veranstaltung gehörte.

Auf dem Podium waren ebenfalls Pascal Kober von der FDP (seit 2017 in seiner zweiten Legislaturperiode als Mitglied des Deutschen Bundestages), Johannes Ellenberg (Gründer von 'Accelerate Stuttgart' und Start-up-Experte) sowie Hartmut Loos (Ehrenvorsitzender des Rheinland-Pfälzischen Altphilologenverbandes und Schulleiter an einem altsprachlichen Gymnasium in Speyer). Die Moderation wurde von der Kreisvorsitzenden der Jungen Liberalen in Tübingen, Irene Schuster, übernommen.

Die Diskussion zeigte klare Unterschiede zwischen den Wünschen des Startuppers und der Schule.

Die Forderungen des Startuppers nach immer freieren, individuell angepassten und freiwillig genutzten Lernangeboten in der Schule kann von den Schulen mit ihren vorgegebenen Strukturen in dieser Form nicht umgesetzt werden.

Auch die geforderte Abschaffung des Lehrers als zentraler Wissensvermittler traf bei der Landesvorsitzenden der Jungen Philologen auf starke Gegenwehr.

Bildung und Lernen sind und müssen auch weiterhin Beziehungsarbeit bleiben. Die Digitalisierung kann dabei eine unterstützende Funktion haben, aber sie darf nicht

inhaltsloser Zweck an sich sein. Große Einigkeit herrschte zwischen Schulleiter Hartmut Loos und Martina Scherer, dass es eine Aufgabe der Schule ist und bleiben soll, ein humanistisches Menschenbild und das humboldtsche Bildungsideal zu vermitteln. Das Ziel unserer Bildung soll eine breite Entfaltung der Talente und Potenziale der Schülerinnen und Schüler sein, voller Respekt und Toleranz.

Pascal Kober war sich auch nicht ganz sicher, wie die Zukunft von Schillers »Lied der Glocke« aussehen wird. Wichtig war ihm aber zu unterstreichen, dass beide Aspekte in der Zukunft von Bedeutung sein werden. Er war sich sicher, dass selbsterlerntes Wissen ein hohes Gut darstelle, das durch reines 'Nachschlage-Wissen' nicht zu ersetzen sei.

Der Einsatz von Digitalisierung ist, sinnvoll und auf die Bedürfnisse des Lernenden stimmig zugeschnitten, immer willkommen und eine Bereicherung des Methodenkanons.

Wir befinden uns in einem ständigen Wandel, der von Jahr zu Jahr an Geschwindigkeit zunimmt, und es wird dabei immer schwieriger, Schritt zu halten, deshalb bleibt das Thema brandaktuell. Ob das einzige Heilmittel allein im Einsatz von Tablets liegt, wagt Martina Scherer zu bezweifeln.

Vor der Anschaffung von modernen und teuren Geräten sollte ein didaktisches Konzept vorhanden sein, das den flächendeckenden Einsatz an den Schulen rechtfertigt. Ebenso muss die Wartung dieser Geräte sichergestellt sein, zum Beispiel durch einen digitalen Hausmeister.

Denn an erster Stelle sollte eine grundlegende Wissensvermittlung stehen. Wenn die Schülerinnen und Schüler nur noch Wissen nachlesen und kein Wissen mehr ihr Eigen nennen können, bleibt die Frage im Raum stehen, ob dieses Wissen dann überhaupt nutzbar sein wird.

Martina Scherer



>> Die Jungen Philologen bei der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Vera Krauseneck (Junge Philologen), Irene Schuster (JuLis), Martina Scherer (Landesvorsitzende der JuPhi) Maximilian Röhricht (stellvertretender Landesvorsitzender der JuPhi)

Thema aktuell

heute: Die FDP

Grün-Schwarz verordnet sich eine Scheuklappe bei der Grundschulempfehlung

Jahr für Jahr verweist der Philologenverband auf die hohe Zahl der überforderten Schüler an den Gymnasien in Baden-Württemberg. Leider scheint die Botschaft nicht oder nur sehr schleppend bei den für die Bildungspolitik in unserem Land Verantwortlichen anzukommen. Dabei bilden 6,2 Prozent überforderte Fünft- bis Siebtklässler im Schuljahr 2016/2017 und 7 Prozent im Schuljahr 2017/2018 jeweils nicht gerade eine kleine Gruppe. Und auch über weitere Warnsignale dürfte nicht leichtfertig hinweggegangen werden: Dass sich nach Angaben des Kultusministeriums die Zahl der Schulwechsler von den Gymnasien auf andere weiterführende Schulen von 1965 im Schuljahr 2011/2012 auf 2455 im Schuljahr 2017/2018 erhöht hat, bedeutet eine Steigerung um 24,93 Prozent und damit beinahe um ein Viertel bei den Schulartwechslern an den Gymnasien. Und schließlich halten sich die Sitzenbleiberquoten relativ konstant auf einem besorgniserregend hohen Niveau, wie aus der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der FDP/DVP Fraktion, Drucksache 16/3472, bzw. aus Angaben des Statistischen Landesamts hervorgeht. Infolge der überstürzten und unvorbereiteten Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung durch die damalige grün-rote Landesregierung war die Sitzenbleiberquote allein in Klasse 5 der Gymnasien von 0,5 Prozent im Jahr 2012 auf 1,2 Prozent im Jahr 2013 bzw. auf 1,5 Prozent im Jahr 2015 hochgeschwungen, was eine Verdreifachung der Werte bedeutet.

Es ist mehr als offensichtlich, dass ein Zusammenhang zwischen dieser Steigerung der Zahl der überforderten Schüler und der Schulartwechsler einerseits sowie der durch die ehemalige grün-rote Landesregierung abgeschaffte Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung andererseits besteht. Gleichzeitig ist aber die amtierende Kultus-



von Dr. Timm Kern,
MdB

ministerin Dr. Susanne Eisenmann (CDU) bereits seit drei Jahren im Amt und muss sich gerade auch in dieser Frage ihrer Verantwortung stellen. Immerhin hat sie dem grünen Koalitionspartner mit der verbindlichen Vorlage der Grundschulempfehlung bei den weiterführenden Schulen eine wichtige Maßnahme abgerungen, die eine Besserung der Situation bewirken könnte. Auch die FDP/DVP Fraktion hatte bereits im Jahr 2014 eine entsprechende Forderung erhoben. Wir schlugen damals im Rahmen eines Impulspapiers für einen stabilen Schulfrieden in Baden-Württemberg vor, dass zunächst Maßnahmen ergriffen werden sollten wie insbesondere das Recht der aufnehmenden Schule, sich die Grundschulempfehlung zeigen zu lassen. Wenn die Sitzenbleiberzahlen innerhalb eines festgesetzten Zeitraums jedoch nicht sinken, würden wir die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung nicht scheuen, die um ein Letztentscheidungsrecht der aufnehmenden Schule ergänzt ist.

Dass die Kultusministerin diesen Vorschlag auf unsere wiederholte Nachfrage hin ablehnte, mag dem Umstand geschuldet sein, dass er von einer Oppositionsfraktion geäußert wurde. Allerdings gibt es laut Kultusministerin »momentan seitens der Landesregierung keine Überlegungen« zu einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und zur Wirksamkeit der verbindlichen

Vorlage der Grundschulempfehlung (Drucksache 16/3472). Das klingt nach einer selbstverordneten Scheuklappe der grün-schwarzen Komplementärkoalition in einer zentralen Frage, die für zahlreiche Einzelschicksale, aber auch für die Qualität unseres Bildungswesens insgesamt von entscheidender Bedeutung ist. An der Notwendigkeit einer genaueren Untersuchung ändert auch der Hinweis der Kultusministerin vom 25. Januar 2019 nichts, dass im Jahr 2018 88,5 Prozent der auf das Gymnasium übergegangenen Schüler eine Gymnasialempfehlung (2017: 87,2 Prozent), 10,3 Prozent eine Realschulempfehlung (2017: 11,3 Prozent) und 1,1 Prozent eine Haupt-/Werkrealschulempfehlung (2017: 1,5 Prozent) hatten, was auf die Wirksamkeit der verbindlichen Vorlage zurückzuführen sein könnte. Es wäre nicht der einzige Fall, in dem Grün-Schwarz angesichts konträrer Grundpositionen den Koalitionsfrieden über das offensichtliche Gesamtinteresse aller stellt. Erst kürzlich sprachen sich die Koalitionspartner gegen den Gesetzentwurf der FDP/DVP Fraktion zur Beruflichen Realschule aus, mit dem wir den Haupt-/Werkrealschulen durch eine enge Anbindung an die Beruflichen Schulen wieder eine echte Zukunftsperspektive geben wollen (Drucksache 16/5290). Wir Freie Demokraten fordern Dr. Susanne Eisenmann dringend dazu auf, sich von sachfremden Koalitionszwängen zu lösen, wirksam für die Haupt-/Werkrealschulen als integralen Bestandteil unseres Bildungssystems einzutreten und zu erklären, wie sie hinsichtlich der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung weiter zu verfahren gedenkt. Spätestens wenn sich im Schuljahr 2019/2020 keine spürbare Verbesserung bei den Sitzenbleiber- und Schulartwechslerzahlen ergeben hat, darf es aus unserer Sicht für den Fahrplan bei der Grundschulempfehlung keine Unklarheiten mehr geben.

Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien



Jörg Sobora
Vorsitzender



Ursula Kampf
Vorstandsmitglied
Arbeitnehmervertreterin



Ralf Scholl
Vorstandsmitglied



Bernd Saur



Claudia Hildenbrand



Cord Santelmann



Andrea Wessel

Distribution der Abituraufgaben – Änderung des Verfahrens

Der HPR Gymnasien hat das nun geänderte Verfahren mit der Zusendung der Abiturprüfungsaufgaben in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch auf einem USB-Stick von Anfang an als fehleranfällig kritisiert und geltend gemacht, dass alle Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg das Recht auf Gleichbehandlung haben. Dieses Recht sieht der HPR Gymnasien als nicht mehr gegeben an, wenn er die

unterschiedliche Finanzkraft und technische Ausstattung der Kommunen in Betracht zieht. Außerdem sieht der HPR Gymnasien in der Maßnahme eine Hebung der Arbeitsleistung und eine zusätzliche unnötige Belastung der betroffenen Lehrkräfte. Da der HPR Gymnasien in dieser Sache nicht beteiligt wurde, hat er ein Verfahren auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Stuttgart beantragt.

Versetzungen und Ländertausch

Die Bezirkspersonalräte und der Hauptpersonalrat Gymnasien haben sich auch in diesem Jahr wieder für die zahlreichen Versetzungswünsche unserer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Leider hat es nicht bei jeder/jedem geklappt, manchmal sogar, obwohl die Voraussetzungen (unter anderem Familienzusammenführung, Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen) vorlagen. Dies kann unterschiedliche Gründe haben. Manchmal hat die Schule bzw. das Regierungspräsidium nicht freigegeben, weil es einen Mangel an Lehrkräften mit den entsprechenden Fächern an der jeweiligen Schule gibt, manchmal gab es keine Aufnahmemöglichkeit in den gewünschten Regionen bzw. Schulen/Städten und Gemeinden. Wir freuen uns mit denen, bei denen es geklappt hat und werden uns beim nächsten Mal wieder mit aller Kraft für diejenigen einsetzen, bei denen es leider nicht geklappt hat. Als Tipp kann der HPR Gymnasien geben, dass man seinen Einsatzradius nicht zu eng definieren sollte. Das Kultusministerium sieht die Dringlichkeit eines Versetzungsantrags vorwiegend gegeben, wenn auch die Schulart Gemeinschaftsschule als mög-

Einstellungszusage beim Zusatzqualifizierungsprogramm Grundschule für gymnasiale Lehrkräfte

Der HPR Gymnasien hat der Einstellungszusage nicht zugestimmt. Das Kultusministerium selbst hat zugegeben, dass einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Programm wegen ihrer Fächerkombinationen oder schlechterer Leistungsziffern beim normalen Einstellungsverfahren keine Chance gehabt hätten. Der HPR Gymnasien muss auch die Einstellungsperspektiven der zukünftigen Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes im Blick haben, die es in Zeiten abnehmender Einstellungszahlen ohnehin

schon schwer haben werden, eine feste Stelle zu finden. Wahrscheinlich wird das Verfahren in einer Einigungsstelle münden, über deren Empfehlung sich die Kultusministerin dann übrigens hinwegsetzen könnte, da hier nur eine eingeschränkte Mitbestimmung vorliegt. Den Vorschlag des HPR Gymnasien, genau so viele neue Stellen in jedem Jahr zu schaffen, wie es Rückkehrwillige in den gymnasialen Schuldienst gibt, sollte das Kultusministerium nach Meinung des HPR jedoch prüfen und positiv bescheiden.

Beschlussverfahren zum Thema der Festlegung der Abiturkorrekturzeiten und Abiturumschlagtermine

Immer noch harrt der HPR Gymnasien einer Antwort des Gerichts, ob er in dieser Sache in der Mitbestimmung ist oder nicht. Da aber die Verwaltungsgerichte zur Zeit überlastet sind, ist wohl in absehbarer Zeit nicht mit einer Antwort bzw. Entscheidung zu rechnen. Wir bleiben dran.

beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium








Konrad Oberdörfer Horst Kirra Helmut Hauser Winfried Bös Richard Zöllner Stephanie Wölz

**Die
PhV-Fraktion
im HPR**



cher Versetzungsort angegeben wird. Dies sieht der HPR Gymnasien mit seiner PhV-Mehrheitsfraktion sehr kritisch, da die Lehrkräfte bei vielen Fällen von Versetzungsanträgen, insbesondere, wenn es pflegebedürftige Angehörige zu versorgen gilt, schon genügend beansprucht sind. Dabei

sollte ihnen nicht noch die Umstellung auf eine komplett andere Schulart mit anderem Konzept auferlegt werden. Hinsichtlich des Ländertausches lässt sich sagen, dass auch hier viele Wünsche unerfüllt geblieben sind. Eine kleine Verbesserung der Zahlen lässt sich aber durchaus beobachten. Bei

nicht erfolgter Versetzung lag es nicht so sehr an den nicht erfolgten Freigaben durch das Land Baden-Württemberg, sondern vielmehr an der Aufnahmembereitschaft der anderen Bundesländer. Gleiches galt für diejenigen Lehrkräfte, die nach Baden-Württemberg kommen wollten.

Konventionelles Beförderungsprogramm nach A 14/E 14 im Mai 2019

Insgesamt ist die Zahl an Beförderungsmöglichkeiten im konventionellen Verfahren 2019 im Vergleich zu den vergangenen Jahren stark zurückgegangen. Dies liegt einerseits an den zurückgehenden Pensionierungen, andererseits an den zusätzlichen Stellen, die 2019 ins Ausschreibungsverfahren geflossen sind, da die Quote von fünfzig Prozent Ausschreibung zu fünfzig Prozent konventionelles Verfahren in den letzten beiden Jahren nicht eingehalten wurde und weniger als fünfzig Prozent der insgesamt verfügbaren Beförderungsstellen in die Ausschreibungsverfahren 2017 und 2018 geflossen sind.

Zusätzlich zu den Beförderungsmöglichkeiten, die den Regierungspräsidien bereits zugewiesen wurden

(66 Beförderungsmöglichkeiten landesweit, d.h. Stuttgart: 21, Karlsruhe: 16, Freiburg: 16 und Tübingen: 13), werden für Studienrätinnen und Studienräte sowie für Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und der in den Privatschul- bzw. Auslandsschuldienst beurlaubten Studienrätinnen und Studienräte landesweit zusätzlich 37 Beförderungsmöglichkeiten zugewiesen, die an den Gemeinschaftsschulen im Ausschreibungsverfahren nicht benötigt wurden. Diese verteilen sich wie folgt auf die Regierungspräsidien:

Regierungspräsidium Stuttgart:	12,
Regierungspräsidium Karlsruhe:	9,
Regierungspräsidium Freiburg:	9,
Regierungspräsidium Tübingen:	7.

Der HPR Gymnasien hat wiederholt gegenüber dem Kultusministerium bemängelt, dass die Anzahl der zur Verfügung stehenden Beförderungsmöglichkeiten für die Anzahl der Lehrkräfte, die die Beförderungskriterien des KM erfüllen, nicht ausreicht. Das Kultusministerium verweist in diesem Zusammenhang aber darauf, dass es nur so viele Beförderungsmöglichkeiten ausschütten könne, wie im Haushaltsplan verankert seien. Wenn man die Hebung von A 13-Stellen wolle, müsse dies der Gesetzgeber, also der Landtag, beschließen. Ansonsten könnten immer nur so viele Stellen zur Beförderung zur Verfügung gestellt werden, wie Oberstudienrätinnen und Oberstudienräte in Pension gingen.

Jörg Sobora

Aus dem Redaktionsteam

• Heute: Bettina Hölscher

Bettina Hölscher ist seit 2001 am Scheffel-Gymnasium in Lahr als Musik- und Deutschlehrerin tätig, engagiert sich als Mitglied im ÖPR für ihr Kollegium und ist zusätzlich Schulvertreterin für den PhV. Wir freuen uns sehr über ihre Mitarbeit in unserer Redaktion, da sie uns durch ihre journalistischen Erfahrungen, die sie vor dem Referendariat beim LernRadio in Karlsruhe und bei verschiedenen Rundfunkanstalten sammeln konnte, hilfreich unterstützen kann.



E.K.

... der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Dr. Susanne Eisenmann, hatte am 29. Mai Vertreter des Philologenverbands BW zum Austausch in ihr Dienstzimmer geladen. In einem interessanten Gespräch wurden vielfältige Themen wie zum Beispiel die Unterrichtsversorgung oder die neue Kursstufe angesprochen und diskutiert. Dabei wurde schnell klar, wie wichtig der gegenseitige Austausch von Verband und Ministerium ist. Es konnten viele Hintergründe beleuchtet und dabei wichtige Informationen ausgetauscht werden. Der Gesprächsverlauf war sehr konstruktiv und zeigte, dass die Ministerin und der PhV BW in vielen Punkten auf einer Wellenlänge sind. Besonders im Blickpunkt stand dabei die Rückerstattung von Kosten für Lehrkräfte im Zusammenhang mit außerunterrichtlichen Veranstaltungen. Hierbei konnten vom Vorsitzenden des PhV BW, Ralf Scholl, einige vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport noch nicht ins Auge gefasste Aspekte angeführt werden, welche die Ministerin gerne aufgriff und in Bearbeitung bringen wird, so zum Beispiel die Regelungen zur Rückerstattung von Kosten bei Sprachreisen ins außereuropäische Ausland. Der Philologenverband Baden-Württemberg bedankt sich bei Dr. Susanne Eisenmann für ihre Gesprächs- sowie Kooperationsbereitschaft und freut sich bereits auf das nächste Treffen. **E.G.**

... der CDU

Am 6. Mai fand das Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der CDU, Karl-Wilhelm Röhm, und seinem parlamentarischen Berater, Dominik Ohly, statt. Dabei wurden viele aktuelle Themen angesprochen und es wurde in äußerst angenehmer und konstruktiver Atmosphäre bis in die frühen Abendstunden diskutiert. **-gbw-**



>> v.l.n.r.: Jörg Sobora (Vorsitzender HPR), Dominik Ohly (parlamentarischer Berater), Cord Santelmann (Vorsitzender BV Südwürttemberg), Karin Fetzner (stellvertretende Landesvorsitzende PhV BW), Karl-Wilhelm Röhm (stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der CDU), Ralf Scholl (Vorsitzender PhV BW).

Nur mit Nachhilfe ins Abitur?

Unübersehbar ist die Tatsache, dass sich in unserem Schulwesen in zunehmendem Maße eine Parallelschule entwickelt: die Nachhilfe-Industrie.

Schuld an ihrem Zustandekommen ist nach Ansicht erfahrener Pädagogen die alleinig geltende Elternentscheidung, die unter anderem nicht auf die Begabung ihrer Kinder bezogen ist. Die Parallelschule beinhaltet einen zusätzlichen 'Paukunterricht' vor allem für die in den Gymnasien überforderten Schüler mit dem Ziel »über das Gymnasium zum Abitur zu gelangen«.

Eine große Anzahl dieser Schüler sind jahrelang von Versagensängsten geplagt. Sie sind von ihren Eltern zur Teilnahme am Nachhilfeunterricht gedrängt worden. Sie sind dadurch zusätzlich belastet und verlieren viel benötigte Zeit für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung. Jugendjahre sollten ungetrübt sein. Sie sollten die Entstehung von Zuversicht und Selbstvertrauen ermöglichen. Sie, die weniger theoretisch, sprachlich veranlagt sind, werden zudem um ihre 'anderen', insbesondere praktisch ausgebildeten Fähigkeiten, ihrem 'großen Plus', durch den Besuch der für sie 'falschen Schule' betrogen!

Diese anwachsende Parallelschule, mit der die Betreiber offenbar große finanzielle Gewinne erzielen und gleichzeitig die Geldbeutel vieler Eltern belasten, kann durch ein Umdenken in der Bewertung der Begabungen und der Berufsmöglichkeiten unserer Schüler abgeschafft werden. Deren unterschiedliche »Talente«, ob mehr theoretisch oder mehr praktisch ausgeprägt, werden alle gebraucht. Sie müssen als gleichwertig betrachtet werden. Alle Schulen müssen in ihrer speziell konzipierten Ausrichtung gestärkt und anerkannt werden,

sodass ihr Besuch als gleichrangig betrachtet werden kann. Gleichzeitig müssen die unterschiedlichen Sparten wie Handwerk, Industrie, Medizin- und Pflegebereich, Sozialeinrichtungen, Hochschulen etc. ihre spezifischen vielfältigen Berufsmöglichkeiten transparent machen, insbesondere für die Schüler.

Die Entscheidung für den Übergang nach der Grundschule an die weiterführenden Schulen muss wieder in die Hände der erfahrenen Grundschulpädagogen gelegt werden. Sie brauchen zur Beurteilung ihrer Schützlinge die bisher üblichen, gefürchteten und Angst erzeugenden, den Unterricht belastenden Probearbeiten nicht. Sie kennen nach vier Jahren die Befähigungen ihrer Schüler genau genug, um die Zuweisung an die passende Anschlusschule verantworten zu können; sollten Eltern mit deren Entscheidung nicht einverstanden sein, werden sie von der Möglichkeit Gebrauch machen können, ihr Kind an einer Aufnahmeprüfung für die angestrebte Schule teilnehmen zu lassen. Übrigens können Falschzuweisungen angesichts der hohen Durchlässigkeit zwischen den Schulen immer korrigiert werden.

Auf diese Weise wird eine adäquate, gerechte Zuweisung des Schülers an die seinen Fähigkeiten entsprechende Schulart stattfinden. Schüler werden dann nicht mehr überfordert. Sie werden aus dem ihnen angemessenen Unterricht hinreichend gefördert. Sie können sich damit dann zuversichtlich den anstehenden Prüfungen stellen. Eine Nachhilfe-Industrie, insbesondere zum Bestehen des Abiturs, wird nicht mehr gebraucht. Die Parallelschule wird mangels Bedarf Existenzprobleme bekommen.

Helmut Röhm

>> Der nordbadische Vorstand mit Björn Sieper am Rednerpult



Über Studierbefähigung und Studierberechtigung

Der PhV-Bezirkvorsitzende und Vorsitzende des Bezirkspersonalrats im Regierungspräsidium Karlsruhe, Björn Sieper, begrüßte die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Schulvertreterversammlung des PhV Bezirk Nordbaden vom 21. bis 23. März 2019 in Bad Herrenalb. Sieper berichtete von aktuellen Themen aus dem Bezirkspersonalrat. So informierte er unter anderem über den momentanen Stand der Abordnungen und Versetzungen. In seinen Ausführungen zur Beförderungssituation bemängelte er die geringe Anzahl der zur Verfügung stehenden Beförderungsstellen nach A 14.

Thomas Schwan, Rechner im Bezirk Nordbaden, erläuterte in seinem transparenten Kassenbericht die Einnahmen und Ausgaben im Bezirk und wurde nach einem kurzen Bericht der Kassenprüfer ohne Gegenstimmen entlastet.

Im Folgenden gab die stellvertretende Landesvorsitzende Karin Fetzner einen vertieften Einblick in die Arbeit der Wahlkampfkommission und motivierte die Schulvertreterinnen und Schulvertreter für den nahen Personalratswahlkampf.

Josef Kraus referierte in seinem engagierten Vortrag 'Ist das Abitur

noch zu retten?' über den Unterschied zwischen Studierbefähigung und Studierberechtigung. Das bundesdeutsche Abitur, das über viele Jahre als weltweites Qualitätsmerkmal hohes Ansehen genossen habe, hätte durch inflationäre Notenvergabe und immer bessere Abiturdurchschnitte nicht nur in den Bundesländern Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, sondern inzwischen auch schon in Bayern zusehends an Niveau verloren. Kraus sprach von »planwirtschaftlicher Bildungspolitik«, von einem reziproken Verhältnis von Qualität und Quanti-

tät und von der grassierenden Verlagerung von Schülerströmen von den Hauptschulen über die Realschulen zu den Gymnasien, deren 'gefährliche' Beliebtheit mit einer im Vergleich zu früheren Jahren weitaus weniger leistungsfähigen Schülerschaft einhergehe. In letzter Konsequenz werde das Abitur zu einem 'Aditur' mit Zugangsberechtigung zu den Universitäten, ohne aber die jungen Menschen für die Anforderungen eines anspruchsvollen Studienganges ausgerüstet zu haben. Der gymnasiale Anspruch indes wer- >>

>> Josef Kraus referiert auf der SVV Nordbaden



de in die Unis verlagert. Der Autor zeigte auf, wie sich an der 'Pseudokademisierung' die Ideologie der sechziger Jahre mit ihrem 'Egalisierungs- und Quotenwahn' Bahn gebrochen habe. Die Kehrseite eines anspruchslosen 'Abiturs für alle' zeige sich jetzt sehr zum Leidwesen unter anderem der Handwerkskammern in fehlenden Azubizahlen und einer prekären Fachkräftelücke. Die Jugendarbeitslosigkeit liege in denjenigen europäischen Ländern, in denen immer mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur geführt würden wie etwa in Italien, Frankreich und Spanien bei erschreckenden fünfzig Prozent. Die Studienanfängerzahlen hätten sich inzwischen auch in Deutschland im Vergleich zu den neunziger Jahren verdoppelt. Ein 'Vollkaskoabitur' könne nach Kraus aber nicht die richtige Antwort auf gegenwärtige Herausforderungen im Bildungsbereich sein.

Ralf Scholl, Vorsitzender des PhV BW, berichtete von der Arbeit aus dem Landesvorstand. Dabei hob er auf die zahlreichen Erfolge des Philologenverbandes in der zurückliegenden Legislatur ab. Als Beispiele nannte er unter anderem die Rückerstattung der abgesenkten Eingangsbesoldung, die Verdoppelung der AUV-Mittel durch die mit Nachdruck vertretenen Forderungen des PhV an die Politik, die Wiedervorlage der Grundschulempfehlung und die Reform der Oberstufe. Der Philologenverband kämpfe, so der Landesvorsitzende, weiterhin vehement für die Rücknahme der Kürzung der Anrechnungsstunden, die weitere

Erhöhung des Reisekostenetats, eine bessere Lehrerversorgung in der Oberstufe und Entlastungsstunden für Abteilungsleitertätigkeiten.

Die PhV JuPhi-Landesvorsitzende **Martina Scherer** und der stellvertretende JuPhi-Bezirksvorsitzende **Mathias Fuchs** berichteten anschließend von ihren zahlreichen Aktivitäten der Jungphilologen wie etwa deren Treffen mit Parteivertretern im Landtag, Podiumsdiskussionen und Klausurtagungen. Durch die Arbeit der JuPhi werden insbesondere jüngere Lehrkräfte angesprochen und für die Mitarbeit im Verband gewonnen.

Dr. Jessica Philipp, Psychologiedirektorin der Schulpsychologischen Dienste am RP Karlsruhe, stellte das Aufgabenspektrum der Schulpsychologischen Beratungsstelle und Möglichkeiten der Kooperation mit Schulen vor. Sie ermunterte in ihrem Vortrag die Lehrkräfte, Coaching-Angebote zu nutzen oder auch fachliche Unterstützung durch Referentinnen der Beratungsstelle bei der Gestaltung von pädagogischen Tagen in Anspruch zu nehmen. Vor allem in schulischen Krisensituationen könnten Schulpsychologen schnelle und professionelle Hilfe bieten.

Der HPR-Vorsitzende **Jörg Sobora** erläuterte in seinem inhaltsreichen Bericht aus dem Hauptpersonalrat der interessierten Zuhörerschaft neben vielen anderen Schwerpunkten schließlich die Einstellungssituation 2019 und das Zusatzqualifikationsverfahren für gymnasiale Lehrkräfte an Gymnasien bei Zusage eines Wechsels ins gymnasiale Lehramt. Beim Thema Reisekosten unterstrich Sobora klar die Forderung des HPR an die Landesregierung, auch bei Schüleraustauschen außerhalb Europas die volle Erstattung der Reisekosten für Lehrkräfte zu gewähren. Sobora referierte ferner über die aktuellen Beschlussverfahren im Hauptpersonalrat zu den Themen 'Distribution der Abituraufgaben' und den 'Abiturkorrekturzeiträumen'.

Den Abschluss der zweitägigen Veranstaltung bildete die LRSD'in



>> Ralf Scholl referiert über die Arbeit des Landesvorstands

Dagmar Ruder-Aichelin mit ihrem informativen Vortrag zu den geplanten Strukturreformen im Zentrum für Schulentwicklung und Lehrerbildung, dem Qualitätskonzept des Kultusministeriums, dem neuen Profil IMP, dem Funktionsstellenbesetzungsverfahren im RP Karlsruhe, der Lehrerversorgung an den Gymnasien, den Neuanmeldungen zur Klasse 5 an den Gymnasien und den Lehrauftragsverteilungen. Ruder-Aichelin betonte das sorgfältige Vorgehen bei der Einführung von IMP. Schulleitungen und Kollegien sollten in den Gesamtlehrerkonferenzen keine vorschnellen Entscheidungen treffen und insbesondere die Folgen für NWT und die Sprachenprofile im Blick haben.

Am Ende der Veranstaltung bedankte sich **Björn Sieper** bei den Referentinnen und Referenten und bei allen Organisatoren und wünschte den mit vielen neuen Informationen versorgten Schulvertreterinnen und Schulvertretern viel Erfolg bei den kommenden Herausforderungen im Schulalltag.

Stephan Neubrand

>> Martina Scherer und Mathias Fuchs von den Jungen Philologen



Wider die digitale Demenz



► Ein Vortrag von
Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer

Wenn Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer zum Vortrag ansetzt, dann hat er die vollste Aufmerksamkeit seiner Zuhörer. Es liegt wohl an seinem unterhaltsamen, spannungsvollen Vortragsstil, gepaart mit einer großen Fülle an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Belegen, welche jeden seiner Auftritte zu einem Erlebnis werden lassen. Man will sich einlassen auf das soeben Gesagte und Belegte, und schon kommt der nächste Gedanke, gefolgt vom nächsten Beleg.

Lebenslanges Zellenwachstum im Gehirn

Ein Diskurs über den Aufbau unseres Gehirns, insbesondere der einzelnen Nervenzellen, bringt dem Zuhörer Erstaunliches zu Tage. Unser Gehirn wächst, ein Leben lang, ohne Einschränkung. Eine volle Festplatte kann es dabei nicht geben. Denn es ist organisch, und somit wächst es mit seinen Aufgaben. Beweise nötig? Verschiedene Fotos von Nervenzellen im Gehirn, welche die Wachstumsprozesse an diesen verdeutlichen, lassen jeglichen Zweifel verblasen.

Digitalisierung schadet jungen Menschen

Die Kernthese: Je jünger ein Mensch ist, desto weniger sollte er in Kontakt

mit digitalen Endgeräten, insbesondere mit Smartphones, Tablets oder sonstigen Wischinstrumenten kommen. Das Ertasten, Erfassen und Erfühlen beeinflusst die Entwicklung des jungen Gehirns entscheidend. Durch das Ergreifen seiner Wasserflasche macht Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer dies für jeden im Saal anschaulich. Eine zweidimensionale Oberfläche, wie die eines Smartphones, kann hierbei nicht dienlich sein. Wer die Digitalisierung der Jüngsten, sprich der Kindergartenkinder, aber auch der Grundschul Kinder, vorantreibt, beeinflusst ihre Gehirnentwicklung entscheidend, prägt sie auf Lebenszeit. Denn am effektivsten sind Lernprozesse in jüngsten und jungen Jahren.

Digitales Lernen bringt keinen Vorteil

Das so häufig angepriesene digitale Lernen über Tablets, Laptops oder Smartphones im Unterricht bringt keinerlei Vorteile, so Spitzer. Er be ruft sich dabei auf Untersuchungen, welche belegen, dass das Benutzen von digital devices in Schulen und an Universitäten entweder nutzlos oder sogar kontraproduktiv ist. Besonders spannend war die wiederum belegte Aussage, Mitschriebe von Hand seien wesentlich effektiver als solche auf digitalen Endgeräten. Dies leuchtet ein, denn wer von Hand mitschreibt, der muss nachdenken, kürzen, resümieren, auf den Punkt bringen können. Tippen geht schneller, aber mehr ist hier eben weniger. Interessant war auch die Aussage, dass die meisten Länder, in denen viel in die Digitalisierung des Unterrichts investiert wurde, in Mathematik bei den PISA-Studien schwächer abschnitten als jene, welche dies nicht taten.

Smartphones machen süchtig

Zwei Dinge, die immer wieder korrelieren, sind digitale Medien und Sucht. Von Social Media bis zum

Smartphone werden Abhängigkeiten erzeugt, welche die Gesundheit der Benutzer stark gefährden. Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer spricht von Risiken und Nebenwirkungen, an deren Ende die Demenz steht. Dieser geht jedoch eine lange Liste an Erkrankungen voraus. Von Schlafstörungen über Sucht und Angstzuständen bis hin zur Depression ist hierbei alles vertreten. Auch hier brachte er zahlreiche Belege, um seine Aussagen belastbar zu gestalten.

Die Internetnutzung der Jugendlichen ist besorgniserregend

Die verbrachte Zeit im Netz nimmt unter jungen Menschen immer mehr zu. Dabei ist zu beobachten, dass die Jugendlichen dies auch wahrnehmen und insgesamt gerne weniger online sein würden. Doch der Druck ist groß, und die Versuchungen sind es auch. Wenn unsere Schüler über den Digitalpakt nun angehalten sind, noch mehr Zeit im digitalen und virtuellen Raum zu verbringen, dann ist dies tatsächlich besorgniserregend. Wo ist der Nutzen, und wie hoch sind die Risiken? Dies abzuwägen, müsste die primäre Aufgabe der Politik sein.

Unter anhaltendem Applaus bedankte sich Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer bei seinem Publikum und wurde von unserem Vorsitzenden Ralf Scholl herzlich verabschiedet. **E.G.**



>> Eröffnung der
Veranstaltung durch
Ralf Scholl

Verbaut die digitale Revolution unseren Kindern die Zukunft? – Erkenntnisse aus der Hirnforschung



► Zum Vortrag von Prof. Dr. em. Gertraud Teuchert-Noodt

Werden wir immer dümmer? titelte bereits die ZEIT in ihrer 14. Ausgabe in diesem Jahr und befasste sich mit der Frage nach der Entwicklung des Intelligenzquotienten, der sich in den letzten Jahren rückläufig zeigte. Prof. Dr. Teuchert-Noodt knüpfte an diese aktuelle Frage als Ausgang für ihre Darlegungen an, die ihre Zuhörerinnen und Zuhörer in die Tiefen humanbiologischer Erklärungen zur Entwicklung unseres Denkens und Lernens entführte.

Aus der Hirnforschung gebe es eindeutige Erkenntnisse darüber, dass digitales Lernen nicht funktionieren könne. Wie sich dies erklären lässt, hat Prof. Dr. em. Gertraud Teuchert-Noodt beeindruckend vorgestellt.

Kinder und Jugendliche durchlaufen während ihrer Entwicklung verschiedene Stadien. Wichtig dabei sind von außen angeregte Aktivitäten, und eben nicht das passive Schauen auf einen Bildschirm, um Leerstellen im Gehirn zu besetzen bzw. umzuorganisieren. Zur Veranschaulichung nannte sie das Beispiel der Contergan-Kinder, die lernten mit Füßen zu schreiben, da die Finger fehlten. Auf diese Weise wird eine Leerstelle – fehlende Finger – gefüllt und entsprechend auf die Fußzehen umorganisiert.

Die digitale Bildung könne solch eine Umorganisation nicht anbieten, da die entsprechenden Außenreize fehlten. Sie seien der Schlüssel zu einem erfolgreichen Lernprozess.

Gleichzeitig betont die Referentin, dass das Angewiesensein auf Reize von außen für erfolgreiches Lernen mit zunehmender Entwicklung des jugendlichen Gehirns abnimmt. Deshalb hält sie den Einsatz von digitalen Medien erst ab dem achtzehnten Lebensjahr für sinnvoll, da die Jugendlichen erst dann die Benutzung digitaler Medien selbstständig in ihren Lernprozess integrieren können. Damit einher geht die Erkenntnis, dass das ganzheitliche Denken in der Schule gefördert werden sollte. Als Beispiel führt sie hier das Auswendiglernen eines Gedichtes an, das bei gleichzeitiger Bewegung des Körpers

leichter erfolge als im Sitzen. Der biologische 'Trick' dahinter: Kleinhirnverschaltungen werden über unser Gleichgewicht angebahnt. Damit, so die Referentin, werde auch deutlich, dass Kindern, die mit Tablets arbeiten, solche Reize von außen fehlten und sie damit gar nicht richtig lernen könnten. Ganz einfach, weil unser Gehirn für diese Art des Lernens nicht gebaut ist. Es könne also gar nicht funktionieren. Sogar Montessori und Steiner wussten schon, was moderne Hirnforschung bestätige: Lernen funktioniert nur mit Herz und Hand, nicht digital.

Wir tun unseren Kindern und Schülern in ihren Augen keinen Gefallen, wenn wir die Digitaloffensive in Bildungsbereich und Kinderzimmer starten und die Ergebnisse moderner Hirnforschung ignorieren. Der Umgang mit moderner Technologie im Bildungsbereich sollte laut Teuchert-Noodt frühestens in der Oberstufe ein Thema sein, also erst dann, wenn die Entwicklung des Gehirns weit genug fortgeschritten ist, um erfolgreich digital arbeiten zu können. Vorher, so warnt sie, gäbe es keinen Nutzen für die Lernenden – dies habe auch der PISA-Koordinator, Andreas Schleicher, erkannt, der den Schaden an unseren Kindern durch den Einsatz moderner Technologie im Schulalltag als bittere Realität betrachte. **E.K.**

Ihre Spende gibt Kindern ein gutes Bauchgefühl.

Hilfen
Spenden
www.dkhw.de

 **Deutsches
Kinderhilfswerk**

The advertisement features a child's drawing of a plate of food, including a tomato, a slice of pizza, and a piece of bread. The drawing is held up by a hand. The background is a blue cloth. The text is in blue and red, and the logo consists of two stylized figures in red and blue.

Aktuelle Informationen aus dem Tarifbereich



>> Ursula Kampf

Nach dem Mittagessen trafen sich an die zehn Interessierte, um von Ursula Kampf, der Referentin des PhV BW für den Tarifbereich, aktuelle Informationen zu erfahren. Aus dem von ihr angebotenen Themen-Strauß wählten die Anwesenden vier Schwerpunkte aus. Danach erläuterte Ursula Kampf zunächst als Mitglied der dbb-Bundestarifkommission

die Ergebnisse der diesjährigen Tarifverhandlungen und beschrieb deren Auswirkungen auf bevorstehende mögliche Höhergruppierungen von E 13 nach E 14. Anschließend erklärte sie anhand einer Gegenüberstellung der beiden Statusgruppen Arbeitnehmer- und beamtete Lehrkräfte die grundlegenden rechtlichen Unterschiede und deren Auswirkungen, illustriert durch zahlreiche Beispiele aus dem Schulalltag. Dabei boten die Informationsblätter des von ihr geleiteten Arbeitskreises Arbeitnehmer (AKA) des PhV BW nützliche Detail- und Hintergrundinformationen. Sie ergänzten die themenbezogenen Skripte der Referentin und unterstützten die Beantwortung der individuellen Nachfragen. Bei der Besprechung der Tabellen, die den möglichen Rentenbeginn – mit und ohne Abschlag – systematisiert darstellten, brachten alle ihr Vorwissen aus den persönlichen

Mitteilungen der Deutschen Rentenversicherung (DRV) ein. So wurde rasch klar, dass es den einen 'Königsweg' zur Rente nicht gibt und immer der Einzelfall, d. h. die persönliche Interessenkonstellation, die individuelle Berufsbiografie und die Auskünfte aus einer Rentenberatung durch DRV und VBL betrachtet werden müssen. Anhand von Beispielen aus dem Teilnehmerkreis zeigte Ursula Kampf, wie die Möglichkeiten, die die Paragraphen 33, 34 und 44 des TV-L im Blick auf den Renteneintritt bzw. ein Beschäftigungsende bieten, mit der Interessenlage der Arbeitnehmer-Lehrkraft verknüpft und zur Deckung gebracht werden können. Informationen zum Thema Erkrankung/Entgeltfortzahlung/Krankengeld rundeten den geistigen Parforceritt durch das Tarifrecht ab. Alle waren sich einig: Wir kamen, wir sahen, wir (be-)siegten (unsere Wissenslücken)! **Ursula Kampf**

Generation Elterngeld



>> Edelgard Jauch und Claudia Grimm

Essenz des Workshops ist die Erkenntnis, dass Schule ein Mikrokosmos gesellschaftlicher Veränderungen ist, mit deren Folgen die Schulen nicht alleine gelassen werden dürfen. Seit der Einführung des Elterngeldes 2007 und der Förderung von Betreuungsangeboten kehren gut qualifizierte Mütter schneller wieder

an ihre Arbeitsplätze zurück, Väter finden sich in prominenterer Rolle wieder. Dies gilt für die gesamte Gesellschaft, aber eben auch für Lehrkräfte.

Im Einzelnen befasste sich der Workshop mit familienpolitischen Maßnahmen des Bundes und dem Chancengleichheitsgesetz (ChancenG) des Landes sowie dessen Umsetzung an den Schulen. Kritisch diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die derzeitige Situation, dass zwar der avisierte Frauenanteil von fünfzig Prozent noch nicht in allen Besoldungsstufen erreicht ist, aber in den Kollegien zum Teil schon über siebzig Prozent Frauen vorzufinden sind. Anhand eines Skriptes wurde auch die Rolle der Beauftragten für Chancengleichheit (BfC) erläutert. Die Anwesenden überlegten, ob es noch zeitgemäß ist, dass die BfC

nur von den Frauen gewählt wird, weil heute die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch Pflegezeiten keine reinen 'Frauenfragen' (mehr) sind. Im Gespräch wurde deutlich, dass die Auswirkungen der gesetzlichen Regelungen in der Praxis nicht immer leicht auszutarieren sind, da in den Kollegien ein Spannungsfeld gleicher oder unterschiedlicher Bedürfnisse herrscht. Frauen und Männer in der Kinderphase, Lehrkräfte mit Pflegeaufgaben, längerfristig kranke Lehrkräfte sowie Schwerbehinderte brauchen wegen ihrer besonderen Lebenslagen Unterstützung, die alle leisten müssen. Das wird zunehmend zur Belastung für Lehrkräfte in allen Lebenslagen, in Vollzeit wie in Teilzeit. Wie sich zum Beispiel Teilzeit und Elternzeit auf die Kolleginnen und Kollegen selber auswirken, wurde exemplarisch >>

geklärt. Deutlich wurde auch: Die organisatorischen Fragen, die sich aus der richtigen Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergeben, können nicht allein von den Kollegen gestemmt werden, sondern

müssen vom Dienstherrn wahrgenommen werden. Zudem scheint eine Reform des ChancenG dringend geboten. Wir danken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für den Austausch!

Das Skript zum Workshop (PDF) mit vielen interessanten Informationen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann per E-Mail bestellt werden: claudia.grimm@phv-bw.de.

Claudia Grimm und Edelgard Jauch

Auswirkungen von Teilzeit und Beurlaubung auf die Pension



>> Joachim Schröder

Im Vortrag 'Auswirkungen von Teilzeit und Beurlaubung auf die Pension' erfuhren die zahlreichen Teilnehmer, wie sich die Pension berech-

nen lässt. Was hierbei zu ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten zählt und was nicht, war dann für so manchen eine Überraschung.

Im Prinzip wirkt sich jede nicht gehaltene Stunde negativ auf den Pensionsanspruch aus, wobei sich in der Regel jeder rund fünfzig Unterstunden im Deputat leisten kann, ohne seine Maximalpension zu verlieren. Urlaub, Sabbatjahr, Elternzeiten etc. wirken sich jedoch leider schnell negativ aus und schmälern dabei unwiderruflich die Höhe der Pension.

Im zweiten Teil des Vortrags wurden sämtliche Aspekte eines vorzeitigen Dienstendes betrachtet, natürlich vor allem in Bezug auf die Konse-

quenzen für die eigene Pension. Hierbei seien Altersurlaub, Antragsruhestand und Sabbatjahr als zentrale Punkte genannt.

Im dritten Teil ging es um das Zusammentreffen von mehreren Einkommensquellen, also zum Beispiel Pension und Rente, Witwengeld und Gehalt, Witwengeld und Pension. Entscheidend dabei sind jeweils die Höchstgrenzen und der Umgang des Dienstherrn mit den verschiedenen Posten.

Es ergaben sich viele interessante Nachfragen und lebhaftes Diskussionsmaterial, so dass der vorgegebene Zeitrahmen überschritten wurde. Aber das tat dem Zuspruch keinen Abbruch.

Joachim Schröder

Auslandsschulwesen



>> Martin Schnackenberg

Der gut besuchte Workshop hatte zum Ziel, einerseits über den Auslandsschuldienst und seine Besonder-

heiten zu informieren und andererseits persönliche Fragen und Anliegen der Teilnehmer aufzunehmen und zu besprechen.

Nach einer kurzen Erläuterung der unterschiedlichen Möglichkeiten einer Entsendung sowie den damit verbundenen Konsequenzen wurden vielfältige Aspekte des Auslandsschuldienstes angesprochen. Dabei wurde ein weiter Bogen von der Absicht, ins Ausland zu gehen, bis zur Ankunft im Gastland gespannt. Aber auch der Einsatz vor Ort sowie die Rückkehr in den Inlandsschuldienst waren zentrale Bestandteile des Workshops. Dabei konnten die Teilnehmer stets von per-

sönlichen Erfahrungen und Tipps der Referenten profitieren.

Während des Vortrags ergaben sich dadurch immer wieder gezielte und teilweise auch sehr spezifische Fragen, die die Referenten Martin Schnackenberg und Enver Groß, welche beide selbst als Auslandsdienstlehrkräfte tätig waren, aus erster Hand beantworteten. Insbesondere die langjährige Auslandstätigkeit von Martin Schnackenberg, der insgesamt zwölf Jahre im Auslandsschuldienst verbrachte und bereits mehrmals Vorträge in der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) gehalten hatte, waren von großem Nutzen für die Zuhörer.

Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) hatte sich mit Informationsmaterial in den Workshop eingebracht. Auch dadurch konnten die interessierten Teilnehmer diesen mit vielen interessanten Eindrücken und Informationen im Gepäck wieder verlassen.

Enver Groß



>> Entspannte Atmosphäre in den Workshops

Berufliche Perspektiven - Informationen für (angehende) Berufseinsteiger

Wie komme ich eigentlich rein? Und was mache ich, wenn ich erst einmal drin bin? Diese beiden Fragen treiben viele junge Menschen um, die mit dem Gedanken spielen, Lehrer am Gymnasium zu werden.

In dem Workshop 'Berufliche Perspektiven – Informationen für (angehende) Berufseinsteiger' am Tag des Gymnasiums konnten sich die Teilnehmer genau darüber informieren. Corinna Heiss und Laura Schönfelder standen Referendaren, aber auch erfahrenen Kollegen, die gekommen waren, um selbst wiederum Schüler und Referendare beraten zu können, Rede und Antwort.

Schnell wurde klar, dass viel Unsicherheit herrscht. Gibt es nun einen

Lehrermangel, wie von Medien und Politik immer wieder verlautet, oder endet der Berufswunsch nach dem Referendariat? Hier musste leider auf den sogenannten Schweinezyklus verwiesen werden, den der Philologenverband gerne verhindern würde. Dieser führt dazu, dass die Einstellungschancen für Junglehrer in den nächsten Jahren eher schlecht sind, wenn sich an der Einstellungspolitik nichts ändern sollte. Ein Rat für die angehenden Lehrkräfte lautete daher, im Listenverfahren räumlich möglichst flexibel zu sein. Außerdem wurden weitere Möglichkeiten aufgezeigt, um in den Schuldienst zu gelangen. Sei es über eine Krankheitsvertretung (KV-Stelle), den Umweg über den Privatschuldienst, über die Berufli-

chen Gymnasien oder andere Bundesländer. Auch die aktuellen Möglichkeiten, als Gymnasiallehrer nach dem Referendariat eine Stelle an einer Grundschule, einer Realschule oder einer Gemeinschaftsschule anzutreten, wurden diskutiert. Sie stießen jedoch zu Recht auf wenig Begeisterung, da eine Rückkehr an ein allgemeinbildendes Gymnasium dadurch nahezu ausgeschlossen ist, was für die anwesenden Referendare keine gute Perspektive darstellte.

Während des Workshops wurde deutlich, dass Gymnasiallehrer nach wie vor für viele ein Traumberuf ist. Der Weg dahin ist momentan etwas steiniger, aber die Jungphilologen stehen den Referendaren gerne mit Rat und Tat zur Seite. **Laura Schönfelder**

>> Laura Schönfelder und Corinna Heiss



Bonbons und bittere Pillen bei Kaffee und Kuchen



>> Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand bei der Regionalversammlung in Offenburg

Regionalversammlung des PhV Südbaden in Offenburg

Am Grimmelshausen-Gymnasium in Offenburg trafen sich am 28. März 2019 etwa zwanzig PhV-Mitglieder aus der Region Ortenau, um sich mit den Tätigkeitsberichten von Joachim Schröder (1. Vorsitzender des PhV Südbaden, Vorsitzender des BPR Freiburg) und Claudia Hildenbrand (2. Vorsitzende des PhV Südbaden, Mitglied in BPR und HPR) auf den neuesten Stand der Verbandsarbeit bringen zu lassen und um zu erfahren, welche Themen den BPR Freiburg und den HPR beschäftigen. Zuvor hatten Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand in drei weiteren Veranstaltungen dieser Art in Rottweil, Singen und Staufen die anderen Regionen des Bezirks besucht.

Erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen

Der Nachmittag begann mit Kaffee und Kuchen in der lichtdurchfluteten Mensa des Grimmelshausen-Gymnasiums in Offenburg und mit erfreulichen Zahlen aus dem Verband: Die Mitgliederzahl des PhV in Südbaden wächst stetig und ist mittlerweile bei knapp 2500 Mitgliedern angekommen. Als erfreulicher Nebeneffekt führt dies zu einer guten Kassenlage, die nicht nur Spielräume für die Verbandsarbeit im Bezirk Südbaden eröffnet, sondern auch dem Landesverband und der Finanzierung der Ge-

schaftsstelle in Stuttgart zugutekommt. Als wichtige Tätigkeitsfelder der Bezirksvorsitzenden hob Joachim Schröder neben den regelmäßigen Treffen mit dem Landesvorstand und der Vorstellung des PhV bei den Referendaren vor allem die Vorbereitung der Personalratswahlen in der Wahlkampfkommission hervor. Hinzu komme die individuelle Beratung von Kolleginnen und Kollegen per Telefon oder E-Mail, die fast täglich nachgefragt wird. Ein besonderer Service, den Joachim Schröder Mitgliedern des PhV anbietet, sind dabei Pensionsberechnungen. Ebenso informiert er im Rahmen von Personalversammlungen gerne zu Fragen über Teilzeit und Ruhestand.

Weniger Erfreuliches aus BPR und HPR

Eher bitter wird dagegen den Betroffenen schmecken, was Joachim Schröder aus dem BPR über die Versetzungssituation im Gebiet des RP Freiburg zu berichten hatte. Da die Stadt Freiburg für sehr viele eine besonders hohe Attraktivität als Wohnort aufweist und in den letzten Jahren viele Elternzeitrückkehrer im Raum Freiburg Stellen bekamen, seien im Moment Versetzungsanträge nach oder in die Nähe Freiburgs bei Kolleginnen und Kollegen, die moderne Fremdsprachen bzw. Geschichte unterrichten, nahezu aussichtslos. Nicht gut sehe es in diesen Fächern dementsprechend auch für die Einstellungschancen der aktuellen Referendare aus, insbesondere, wenn diese nicht dazu bereit seien, sich auf einen Schulstandort abseits der größeren Städte in Baden-Württemberg einzulassen.

Claudia Hildenbrand berichtete aus dem HPR, dass auch die Situation bei den A 14-Beförderungen kontinuierlich schwieriger wird. Grund dafür sind rückläufige Pensionierungszahlen, an die die Beförderungsstellen gebunden sind. Deshalb fordere der PhV, diese Koppelung aufzuheben und die Beförderungen als Mittel der

»Anerkennung guter schulischer Arbeit« zu verstehen, so Claudia Hildenbrand. Bezüglich der Einstellungssituation im gymnasialen Bereich wies sie darauf hin, dass in den kommenden Jahren diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich nach dem Referendariat dazu entschieden haben, an Grundschulen zu arbeiten, das Recht haben, nach drei Jahren in den gymnasialen Dienst zu wechseln. Dadurch werde der Engpass bei den Einstellungen in den sprachlichen und geisteswissenschaftlichen Fächern in die Zukunft zementiert. Um dieser Situation entgegenzuwirken, fordere der HPR vom Kultusministerium einen 'Einstellungskorridor' in diesen Fächern.

Neue Regionalvertreter für die Ortenau

Zum Schluss der Versammlung stand noch die Wahl neuer Regionalvertreter an, da Ruth Schmidt, die bisherige Vertreterin, im August 2018 in Ruhestand gegangen ist. Von den anwesenden Mitgliedern wurden Stephanie Grether vom Oken-Gymnasium als neue Regionalvertreterin und Thorsten Schröder vom Grimmelshausen-Gymnasium (beide Offenburg) als ihr Stellvertreter gewählt. Sie versprachen, in ähnlicher Weise bei der Regionalversammlung im nächsten Jahr für das leibliche Wohl der Mitglieder sorgen zu wollen, wie dies Ruth Schmidt zuverlässig und herzlich getan hat. Im Mai 2020 werden dann turnusgemäß Neuwahlen aller Regionalvertretungen stattfinden. HL

>> Ruth Schmidt (m.) übergibt die Regionalvertretung der Ortenau an Stephanie Grether und Thorsten Schröder



Ein Rückblick auf 22 Jahre PhV-Tätigkeit

Ruth Schmidt in Pension

Seit dem 1. August 2018 bin ich nun pensioniert. In der Regionalversammlung am 28. März 2019 konnte ich an 'meinem' Gymnasium, dem Grimmelshausen-Gymnasium in Offenburg, meinen Posten als Regionalvertreterin des PhV in kompetente Hände übergeben. Damit endete mein 22-jähriges aktives Engagement im PhV. Es bleiben die zahlreichen netten und herzlichen persönlichen Kontakte. Es bleibt die Mitgliedschaft im Seniorenverband, so dass ich weiterhin hoffentlich interessante Informationen und Serviceleistungen zur Verfügung gestellt bekomme.

Warum bin ich dem Philologenverband beigetreten? Und wie beurteile ich meine Mitgliedschaft und meine Tätigkeiten für den Verband während meiner aktiven Lehrer-Laufbahn?

In dem schwierigen Einstellungsjahrgang 1981 gelang es mir, über ein Bewerbungsgespräch in Karlsruhe eine Anstellung als Lehrerin mit vollem Deputat in Horb a.N. zu erhalten. Mit zwei Kindern habe ich dann bei reduziertem Deputat seit 1985 am Grimmelshausen-Gymnasium unterrichtet. Gerade nach dem holprigen beruflichen Start mit Familiengründung habe ich gemerkt, dass berufliche Unterstützung vieles erleichtert hätte. Das wurde mir aber erst in den neunziger Jahren bewusst. Nachdem mein Mann 1995 dem PhV beigetreten ist und damit die notwendige Unterstützung in seiner Personalratstätigkeit erfuhr, habe ich diesen Schritt – noch ohne große Überzeugung – am 1. Dezember 1996 ebenfalls getan.

Ich habe ihn bis heute nicht bereut. Im Gegenteil. Natürlich war und ist meine schulpolitische Heimat das Gymnasium, und die gewerkschaftliche Vertretung habe ich von Anfang an ausschließlich im Philologenverband gesehen. Aber erst eine Personalratsschulung in Müllheim bedeutete für mich den ersten richtungsweisenden und wichtigen Kontakt zu Vertretern des Philologenverbandes. Und da-



von Ruth Schmidt

nach entwickelte sich für mich auch eine gewisse persönliche Identifikation mit der politischen Interessenvertretung des Gymnasiums. Die Arbeit im Örtlichen Personalrat und später – und dies bis zuletzt – im Bezirkspersonalrat am Regierungspräsidium in Freiburg hat mich anschließend persönlich und fachlich entscheidend weitergebracht.

Gelungene Strukturierungen von Diskussionen innerhalb von Sitzungen und der professionelle Austausch von Argumenten bei hoher Sachkompetenz insbesondere der Mitglieder im BPR haben mich auch im Laufe der Zeit dazu befähigt, in Gremien wie der Schulkonferenz oder der Evaluationsgruppe sowie der Schulentwicklungsgruppe der Schule meine Meinung kompetent zu vertreten und mir mit meinen Standpunkten im Sinne einer Weiterentwicklung der Schule Gehör zu verschaffen.

Dies alles wäre natürlich nicht möglich gewesen, wenn es nicht den persönlichen und fachlichen Austausch mit den Kollegen im PhV und dort insbesondere im erweiterten Vorstand des PhV Südbaden gegeben hätte. Ich habe mich in diesen Kreisen stets sehr wohl gefühlt, weil ich auch eine gegenseitige Wertschätzung erfahren und wahrnehmen konnte. Regionalversammlungen, Vorstandssitzungen in Titisee und Stuttgart, die Treffen in Saig, aber auch und insbesondere die zahlreichen privaten interessanten Begegnungen, zum Beispiel beim Bodensee-Treffen, runden mein positives Bild der 22-jährigen Tätigkeit als aktives Mitglied im PhV ab. Ich werde auch weiterhin einige persönliche Kontakte beibehalten.

DKMS
WIR BESIEGEN BLUTKREBS

MUND AUF.
STÄBCHEN REIN.
SPENDER SEIN.

Werde
Stammzellspender
und registrier' Dich

SPENDER WERDEN

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Anzeigenannahme unter
02 11 / 355 81 04 oder
dassow@dphv-verlag.de

>> Schülerinnen und Schüler des Auguste-Pattberg-Gymnasiums gemeinsam mit den beiden Politikern



Bildungsgerechtigkeit – Schlagwort ohne Inhalt?

9. Mosbacher Bildungsgespräch zum Thema 'Bildungsgerechtigkeit'

Bildungsgerechtigkeit – über diesen Begriff gibt es in der Öffentlichkeit eine anhaltende und zum Teil sehr kontrovers geführte Diskussion. Was damit eigentlich gemeint ist, bleibt häufig unklar; dies wird an den zahlreichen Lösungsansätzen deutlich – von grundlegenden organisatorischen Veränderungen des ganzen Systems über Schulentwicklungsprojekte bis hin zu Qualifizierungsoffensiven der Lehrkräfte. Trotzdem sind 78 Prozent der Deutschen überzeugt, »dass jeder, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, seiner Abstammung oder seines Geschlechts, die gleichen Chancen bei Bildung und Beruf bekommt« (Kantar Emnid 2017).

Da das Menschenrecht auf Bildung nicht oder nur teilweise eingelöst wird, bot sich der Anlass, im Rahmen des Arbeitskreises Mosbacher Bildungsgespräche unter dem Motto 'Bildungsgerechtigkeit – Schlagwort ohne Inhalt' zum 9. Mosbacher Bildungsgespräch in das AUDIMAX der DHBW-Mosbach einzuladen. Mit Andreas Stoch, Fraktions- und Landesvorsitzender der SPD sowie ehemaliger Kultusminister von Baden-Württemberg (2013 bis 2016), wurde ein politischer Experte in Bildungsfragen eingeladen. Zusammen mit Dr. Jens Brandenburg, Sprecher der FDP-Bundesfraktion für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, diskutierten sie die Frage, ob der hohe Anspruch von Bildungsgerechtigkeit überhaupt eingelöst werden könne. Bei der Begrüßung wies Richard Zöller im Namen des Arbeitskreises darauf hin, dass diese Gespräche immer in einer Kultur »des Hörens und Gehörtwerdens« und im Zeichen gegenseitiger Toleranz geführt werden. Prof. Emmert begrüßte im Namen der Rektorin der DHBW die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er wies darauf hin, dass die DHBW hierzulande den höchsten An-

teil an Studierenden habe, die nicht aus Akademiker-Familien kämen.

Diese Feststellung bot den Einstieg in die Kurzreferate der beiden Politiker. Andreas Stoch verdeutlichte, dass Bildung einem ständigen Optimierungsprozess unterliegen müsse, um den Anforderungen eines von der ökonomischen Lage unabhängigen Bildungsstands gerecht zu werden. Hierbei unterstrich er die außerordentliche Bedeutung der Familie, in die sich der Staat nicht einmischen sollte. Gleichzeitig betonte er, dass für ein gerechtes Bildungssystem den Kommunen, Kindergärten und Schulen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten. Er unterstrich ausdrücklich, dass es hierfür auch notwendig sei, die finanziellen Mittel für qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen sowie Lehrerinnen und Lehrer aufzubringen. Ehrenamtliche Tätigkeit sowie das in diesem Zusammenhang massenhaft um sich greifende 'Quereinsteigertum' müssen hier die Ausnahme bleiben.

Dr. Jens Brandenburg erläuterte in seinem Beitrag die Bedeutung der finanziellen Ressourcen am Beispiel von



>> Andreas Stoch (l.) und Dr. Jens Brandenburg im Gespräch mit dem Publikum

Walldorf und Bruchsal. Während in Walldorf die Ausrüstung der Schulen mit digitalen Medien durch das Gewerbesteueraufkommen der SAP gut sei, befinde sich die Nachbargemeinde Bruchsal in einer wesentlich schwierigeren Situation, um die digitale Ausrüstung und den Erhalt ihrer Schulen zu finanzieren. Hier, so betonte er, sei staatliche Hilfe gefragt. Der Bildungsföderalismus stoße hier an seine Grenzen. Nach Ansicht von Dr. Brandenburg muss die berufliche Ausbildung einen besonderen Stellenwert erhalten und noch mehr gefördert werden. Dies könne zum Beispiel durch eine Exzellenzinitiative – ähnlich wie bei Universitäten – oder eine bessere Ausstattung der Berufsschulen ermöglicht werden.

In der anschließenden Diskussion, an der sich auch Schülerinnen und Schüler beteiligten, wurden viele Gemeinsamkeiten der beiden Bildungspolitikern deutlich. So betonten beide, dass der derzeitige Bildungsföderalismus emotionsfrei und behutsam reformiert werden müsse, damit zum Beispiel der Bund unkompliziert an der Finanzierung von Bildungsangeboten beteiligt werden könne. Der frühkindlichen Bildung müsse im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit eine erheblich größere Bedeutung eingeräumt werden. Stoch forderte hierzu den Ausbau kostenfreier Kitas sowie gut ausgebildete Fachkräfte mit einer entsprechend verbesserten finanziellen Situation. So könnten seiner Meinung nach die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gelegt werden. Dr. Brandenburg unterstrich die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Er machte den Vorschlag für ein persönliches Freiraumkonto und ein Midlife-Bafög, was jedem ermöglichen solle, seine Fortbildungsansprüche selbst zu gestalten.

In der anschließenden Diskussion wurden auch der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und die Abbrecherquoten in den fünften und sechsten Klassen des Gymnasiums thematisiert. Stoch verwies darauf, dass es bereits vor dem Wegfall eine verstärkte Tendenz zum Gymnasium gab. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die von der Grundschule ins Gymnasium wechseln, sei mit dem Wegfall nicht deutlich angestiegen. Es müsse also andere Ursachen für die Abbrecherquoten geben. Auch das Thema 'Gemeinschaftsschule' wurde angesprochen. Stoch meinte, dass der Erfolg dieser Schulart durch gezielte Maßnahmen (zum Beispiel bessere Rhythmisierung, professionelle Hausaufgabenbetreuung, Entzerrung der Stundenpläne) gefördert werden könne. Dr. Brandenburg betonte am Ende, wie wichtig der Digitalpakt zwischen Bund und Ländern sei. Dabei komme es allerdings nicht nur auf die Verbesserung der Infrastruktur an den Schulen an. Vielmehr müsse sich der Bund auch an den Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie an der Entwicklung von Lerninhalten beteiligen.

Das Bildungsgespräch machte deutlich, dass die beiden Politiker in vielen Bereichen, die Bildung und Bildungsgerechtigkeit betreffen, gleiche oder ähnlich Positionen vertreten. Dies veranlasste dann auch zu der launigen Feststellung, dass zumindest im Bildungsbereich eine sozialliberale Koalition möglich sei.

Richard Zöller



'Fridays for Future'

- Wichtiges Anliegen rechtfertigt nicht fortgesetztes Schulschwänzen
- Welches Demokratieverständnis wird vermittelt?
- Populistische Anbieterei politischer Amtsträger fragwürdig

Getragen von der Sorge um die Konsequenzen bzw. Nichtkonsequenzen des nunmehr seit Monaten andauernden freitäglichen Schulschwänzens bezieht die 'Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen e.V. – 3 x MEHR' Stellung. Bezüglich des Hypes um die Schülerdemos bei 'Fridays for Future' erleben wir in diesen Wochen ein eklatantes Versagen einer ganzen Politikergeneration, der – getrieben von Medien und effektweiser Selbstdarstellung – nichts Besseres einfällt, als großes Verständnis zu zeigen für das Schulschwänzen tausender schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher. Wie soll politische Bildung in der Schule funktionieren, wenn Kinder und Jugendliche geradezu animiert werden, Regeln und Gesetze in unserer Gesellschaft zu brechen? Sollten junge Menschen nicht ein Bewusstsein dafür gewinnen, dass das Zusammenleben in einer Gesellschaft nur dann funktionieren kann, wenn sich alle an demokratisch legitimierte Grundsätze und Regeln halten? Wenn Schülerinnen und Schüler das Gegenteil erleben, kann dies fatale Folgen haben.

In Baden-Württemberg befindet sich derzeit ein 'Leitfaden Demokratiebildung' in der Anhörung, der für alle allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg ab dem kommenden Schuljahr Pflicht werden soll. Das Kultusministerium wird nicht müde, die Bedeutung der schulischen Demokratiebildung zu betonen, bis hin zu einer Fachtagung mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann im Haus der Wirtschaft in >>

Treffen und Gespräch mit dem Landeschülerbeirat

Zu einem informellen Gespräch trafen sich am 29. April 2019 fünf Vertreterinnen und Vertreter des LSBR, darunter der Vorsitzende Leandro Cerqueira-Karst, der stellvertretende Vorsitzende Ardit Jashanica sowie Vanessa Gärtner, Ingo Heide und Kevin Miller mit Ralf Scholl, Martina Scherer und Karin Fetzner vom PhV-Landesvorstand in der Landesgeschäftsstelle.

Die Themen 'Fridays for Future', 'Neue gymnasiale Oberstufe' und 'Förderung von Sozialkompetenz' in den Schulen wurden in einer engagierten und fruchtbaren Diskussion besprochen. Dabei zeigte sich, dass die Meinungen in vielen Punkten ähnlich sind. Beispielsweise sehen beide Seiten das Engagement der Jugendlichen für die Zukunft der Erde sehr positiv und stimmen darin überein, dass dieses Engagement mit seiner hohen Antriebskraft seitens der Schülerschaft in Themen an der Schule eingebracht werden muss. Ebenso herrschte Übereinstimmung darin, dass deswegen auf Dauer wegen der Schulpflicht Unterricht nicht versäumt werden darf.

Bei der neuen Oberstufe wird von allen die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften gefordert, gerade um die politische Einflussnahme der Jugend auf eine tragfähige Grundlage und ein vertieftes Verständnis innerer und äußerer Zusammenhänge zu stellen.

Den Schülern war es noch ein großes Anliegen, dass alle Schüler an ihren Schulen die effektive Leistung von 'Erster Hilfe' erlernen sollten. Auch diese Art von Sozialkompetenz sei für die Mitmenschen von großer Bedeutung.

Beide Seiten waren sich einig, dass in Zukunft weitere Treffen geplant und eine gute Zusammenarbeit angestrebt werden sollen.

Karin Fetzner

>> Ingrid Ritt



Stuttgart. Wir können und wollen uns nicht vorstellen, dass künftig ein Demokratieverständnis gelehrt werden soll, das fortgesetzten Rechtsbruch legitimiert. Dieselben Eltern, die das andauernde Schulschwänzen ihrer Kinder lobend unterstützen, drohen dem Land Baden-Württemberg mit einer Klage wegen des ihrer Ansicht nach zu hohen Unterrichtsausfalls. Wer jeden Freitag dem Unterricht fernbleibt, produziert sich selbst einen Unterrichtsausfall von etwa zwanzig Prozent (einer von fünf Unterrichtstagen in der Woche). Die Klagen über eine G8-bedingte und Stress auslösende Verdichtung des Lernstoffes werden durch dieses Verhalten nicht gerade glaubwürdiger.

Der große Aufwand, den Unterrichtsausfall so gut es geht zu minimieren (pensionierte Lehrkräfte sollen einspringen, Lehrkräfte in Teilzeit sollen ihr Deputat aufstocken, Lehrkräfte sollen wenn möglich früher aus der Beurlaubung zurückkehren), darf nun dauerhaft konterkariert werden? Ist Unterricht angesichts der 'drohenden Klimakatastrophe' gar nicht mehr wichtig? Manche Schülerinnen und Schüler stellen die Frage, für welche Zukunft sie denn lernen sollen, wenn sie gar keine Zukunft mehr haben. Ist es korrekt, wenn politisch und gesellschaftlich Verantwortliche diesen Alarmismus fördern, indem sie die Schüler ermutigen, ihre Freitagsdemos fortzuführen? Eltern und Lehrkräfte, die auf das Einhalten der Regeln pochen, werden als die 'ewig Gestrigen', die 'Konservativen' verunglimpft. Geradezu gefährlich seien demnach Personen, die für Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Pflichterfüllung, Standhaftigkeit und Berechenbarkeit eintreten. Gut seien nur die Aktivistinnen und Aktivisten, die zu Regelverstößen aufrufen, angeblich um mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wir meinen jedoch,

wer Kindern und Jugendlichen diese Haltung vermittelt, versündigt sich an ihnen und untergräbt politische Bildung sowie den Aufbau von Werthaltungen, die ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft erst ermöglichen.

Wir bestehen auf die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses von 1976, der klare Grundsätze für die politische Bildung in der Schule vorgibt. Regelverstöße können demnach keinesfalls legitimiert werden. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht verhandelbar.

Angesichts der möglichen drohenden Gefahren, zum Beispiel Aufruf zu Schülerdemos bei brisanten politischen Themen mit extremistischen Positionen und der negativen Folgen für die Demokratieerziehung spricht sich die 'Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen – 3 x MEHR' für ein klares »NEIN« zum Schulschwänzen – egal für welchen Zweck – aus. Wir lehnen Regelverstöße ab, egal aus welcher politischen Richtung sie kommen.

Ingrid Ritt

Vorsitzende der Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen e.V.

ÜBER DIE INITIATIVE:

Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulleiter aus allen Schulformen in Deutschland haben sich in einer bisher einmaligen Allianz verbündet, um für höchste Qualität im Bildungswesen einzutreten – für mehr Vielfalt, mehr Bildung und mehr Chancen.

Gegründet wurde die Bundesinitiative 2014 mit der Überzeugung, dass ein differenziertes Schulwesen die beste Gewähr dafür bietet, dass jedes Kind die ihm angemessene Förderung erhält. Das differenzierte Schulwesen hat sich als leistungsfähiger und wettbewerbsfähiger erwiesen als Einheitsschulsysteme. Eine leistungsbezogene Fachdifferenzierung ist am besten in hierfür eigenständigen Schulformen möglich. Jedes Kind muss aus verschiedenen Bildungsangeboten dasjenige auswählen können, das seine optimale Förderung gewährleistet. Nur so kann auch die Abhängigkeit der Bildung von den Elternhäusern gemindert werden. #Differenziertes Schulwesen 3xMEHR

Nach der Wahl ist vor der Wahl!



Der Mai als Superwahlmonat: Kommunalwahlen, Europawahlen und Personalratswahlen auf allen drei Ebenen, Haupt-, Bezirks- und Örtlicher Personalrat. Da gilt es wiederum danke zu sagen. Danke an alle, die kommunal gewählt haben. Denn dies ist wichtig. Vor Ort wird entschieden, was vor Ort passiert!

Kommunalpolitiker sind wichtig, der ÖPR ist es mindestens ebenso. Das Betriebsklima an einer Schule wird von diesem entscheidend geprägt. Die Kommunikation zwischen Schulleitung und Kollegium hängt entscheidend von ihm ab. Das Wohl des Kollegiums ist vielleicht nicht allein in seiner Hand, wird aber entscheidend von ihm beeinflusst. Der neue Bezirkspersonalrat wurde soeben gewählt, Landtagswahlen sind erst in zwei Jahren. Baden-Württemberg ist eine Region in Europa, die vier Regierungsbezirke die großflächigen Regionen im Ländle. Danke an alle, die regional gewählt haben, denn auch dies ist wichtig. Der Bezirkspersonalrat tritt am Regierungspräsidium für Ihre Belange ein. Er vertritt die Interessen der Kolleginnen und Kollegen am RP, auf regionaler Ebene. Verdruss zur Europawahl? Auch der Hauptpersonalrat wurde neu gewählt, auf Landesebene. Er vertritt die rund 27 000 Gymnasiallehrer in Baden-Württemberg im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Danke an alle, die überregional gewählt haben, denn Wahlen sind wichtig! Sie bieten uns die beste Möglichkeit, uns politisch zu äußern. Und die Kolleginnen und Kollegen unseres Vertrauens in den Ring zu schicken, um sich für uns einzusetzen.

Wenn Dr. Susanne Eisenmann eines immer wieder betont, dann die festgezurrte Schulstrukturdebatte. Dies ermöglicht uns Lehrkräften einigermaßen ruhiges Arbeiten. Bei all den Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, ein kleiner Trost. Auch wenn der Philologenverband BW natürlich gerne Bewegung sehen würde, insbesondere im Hinblick auf die Wiedereinführung von G9 (parallel zu G8 und mit erweitertem Bildungsplan) und die fragwürdige

Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen. Aber auch die Landtagswahlen sind in greifbarer Nähe, und Baden-Württemberg wird sich einer immer flächendeckenderen Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium in der Republik nicht auf ewig verweigern können. Klare Äußerungen sind indes zum Thema Fridays for Future gefallen. Ein Schulschwänzen auf Kosten des Klimas darf es laut Ministerin nicht geben. Die Schulen sind angehalten, das Thema in den Unterricht zu holen, in welcher Form auch immer. Im Hinblick auf die Vollerhebungen zur Unterrichtsversorgung sind diese Formulierungen wichtig, denn auch wenn meist nicht ganze Klassen fehlen, so bremst der Trend zur Freitagsdemo den Unterricht an diesem Tag doch gewaltig aus. Ganz nach dem Motto: Freitags sind sie nie da! Es geht hier nicht um sinnvollen Vertretungsunterricht, sondern um die Rahmenbedingungen sinnvollen Kernunterrichts. Inhaltlich sind wir alle ganz bei der Schülerschaft, nur möchten wir eben auch Freitags sinnvoll unterrichten dürfen, und zwar ganze Klassen. Ganz nach dem Motto: Freitags sind sie alle da!

Neue Rahmenbedingungen wurden auch beim Abitur geschaffen. Die Schulen im Land haben eine Mammutleistung gestemmt, mein Kompliment hierfür! Dass bei der hohen Anzahl an Gymnasien und so vielen Prüfungsterminen zur allgemeinen Hochschulreife keine größeren (Kopier-)Pannen eingetreten sind, hätte ich tatsächlich nicht erwartet. Wir können alles – außer Pannen! Da schenken sich die Automarken und die Kollegien im Ländle nichts, wir fahren auf hohem Niveau. Dieses gilt es jedoch weiter auszubauen, wollen wir für die Zukunft gerüstet sein. Ausgerechnet in Gemeinschaftskunde passte es in der Abiturprüfung nicht. Kürzungen, wie sie in den Gesellschaftswissenschaften vorgenommen wurden, müssen endlich rückgängig gemacht werden. Bildung braucht Zeit, und Zeitfenster. Wenn diese nicht gegeben sind, dann kann man auch nicht erwarten, eine zukunftsfähige Gesellschaft aufzubauen. Und die Anforderungen sind gewaltig, denn die populistischen Töne in allen Staaten der EU nehmen stetig zu. Wenn wir zurückschauen, unter welchen schwierigen Bedingungen die Römischen Verträge 1957 ausgehandelt und unterzeichnet wurden, dann kann der Weg zur Stabilisierung der EU nur über die Festigung der demokratischen europäischen Werte und Strukturen gehen. Und der Grundstein der Demokratieerziehung wird nun einmal im Unterricht gelegt. Hier entscheidet sich, wie gefestigt Demokratie und Gemeinschaft sind. Ergo muss hier auch Raum geschaffen und gegeben werden, um Beides zu erleben. Mehr bedeutet hier auch mehr: mehr Unterricht, mehr Nachdenken, mehr Demokratie. Kaum ein Land in Europa hat in seiner Geschichte mehr Friedens- als Kriegzeiten erlebt. Die Festigung unserer modernen Friedenszeiten ist der EU geschuldet. Ein Fels in der Brandung, ja. Aber auch ein Fels bröckelt, wenn die Brandung zu stark wird. Nach der Wahl ist vor der Wahl! **Enver Groß**

Mein Leben als Lehrer

Es gibt Momente im Leben, in denen man Angst vor der eigenen Courage bekommt, in denen man sich fragt: Schaffe ich das wirklich, schätze ich mich richtig ein, ist das wirklich meine Kragenweite?

Ich habe mir diese Fragen gestellt, als ich zum ersten Mal nach Kairo kam. Der Vertrag war unterschrieben, manche Versicherung gekündigt (und andere abgeschlossen), aller Welt war gesagt: Wir gehen ins Ausland, ich unterrichte ab August in Kairo an der deutschen Schule! Das sagen war das eine; hier nun zu sitzen das andere! Der mich betreuende Kollege saß neben mir in seinem alten Jeep, er hatte mich vom Flughafen abgeholt. Links und rechts von uns die Stadt, ein Meer aus Beton, Autos, Hitze und Menschen. Wir fuhren über eine der Hochstraßen direkt durch das Herz Kairos in Richtung Nil, um diesen dann zu überqueren und auf der anderen Seite in der Nähe der Schule anzukommen. In den nächsten Tagen sollte ich dann die Schule besichtigen, eine Wohnung suchen, Kontakte knüpfen, meine zukünftige Tätigkeit bedenken und alles möglichst so regeln, dass wir im August gut ins neue Schuljahr starten können. Doch all das bedachte ich in diesem Moment nicht. Ich kämpfte vielmehr mit der eigenen Angst, den eigenen Bedenken. Es war Ende Mai und extrem heiß, um uns herum der Kairoer Stau mit all seinen Begleitscheinungen: Krach, Abgase, Schwit-

zen und Stress. Wie willst du dich hier orientieren, hier klarkommen? Hältst du diese Hitze aus, bist du überhaupt gemacht für ein Leben in dieser Megastadt? Auf der anderen Seite: Wenn du jetzt noch zurückziehst, wie stehst du dann da vor den Freunden, den Kollegen, der Familie und vor dir selbst? Ich habe dann geschluckt und mir gesagt, dass es ja schließlich auch andere schon geschafft haben, dass es sicher viel Hilfe von der Schule gibt und dass am Ende alles nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde. Wahrscheinlich war aber schlicht die Angst vor dem peinlichen Rückzieher größer als die Angst vor der Herausforderung. Zum Glück! Denn ich habe es nicht bereut! Heute kann ich sagen, dass die Jahre in Kairo zu meinen besten gehörten, aber eben auch zu den herausforderndsten, zu den schönsten und den schwierigsten zugleich.

Yom Asal, Yom Basal

Ägypter fragen oft, wie einem ihr Land gefalle. Oft fragen sie auch, wo man besser und lieber lebe – in Deutschland oder in Ägypten. Auf solche Fragen sollte man, das gebietet der Respekt, höflich antworten. Gleichzeitig wollte ich immer auch ehrlich bleiben, also habe ich auf diese Frage oft mit einem ägyptischen Sprichwort geantwortet, welches zugleich meine Seelenlage in Ägypten sehr gut erfasste. Es lautet: »Yom asal, Yom basal« und bedeutet wörtlich übersetzt: »Einen Tag Honig, ei-

nen Tag Zwiebel«. Soll heißen: Es schwankt, manchmal ist es herrlich (wie Honig!), manchmal eher schwierig, beißend, anstrengend (die Zwiebel!). Und tatsächlich beschreiben diese Worte sehr gut die Zeit, die ich in Ägypten verbrachte. Auf sehr schöne Tage und Erlebnisse folgten schwierige, anstrengende oder auch unangenehme Tage.

Bereicherung Auslandsschuldienst

Eines habe ich vom ersten bis zum letzten Tag in Ägypten empfunden: Das Leben dort war spannend und voll, oft war es abenteuerlich, niemals war es langweilig, nie glich ein Tag dem anderen. Prall und lebendig, so habe ich diese Zeit erlebt. Da ist zum einen der tägliche Kulturaustausch, den man mit den Kolleginnen und Kollegen erlebt. Das fängt bei den Lehrern aus ganz unterschiedlichen Bundesländern an – und endet bei den ägyptischen Lehrern, die zum Teil vollkommen anders an den Beruf und die Schüler herangehen. Dann kommen die Schülerinnen und Schüler – und deren Eltern. Sie reagieren im Unterricht und im Gespräch nicht so, wie man es gewohnt ist. Auch hier kann man täglich etwas lernen, muss sich aber auch täglich hinterfragen. Das ist anstrengend – und lehrreich. Ich habe im Auslandsschuldienst nicht nur sehr viel über einen anderen Kulturraum gelernt, ich habe auch mich selbst sehr viel besser kennen gelernt. Ich weiß nun,

an einer deutschen Schule in Ägypten

Ein Erfahrungsbericht

Foto: Leonid Andronov/AdobeStock

was an mir 'deutsch' ist und kann mich jetzt auch viel besser in Menschen hineinversetzen, die in einem ihnen fremden Kulturraum leben lernen (müssen). Eine interessante und wichtige Erfahrung auch für den späteren Dienst im Inland! Außerdem habe ich, in der Auseinandersetzung mit der anderen Kultur, auch schätzen gelernt, was wir in Deutschland erreicht haben. Da ist zum einen die Demokratie, aber vor allem auch der Rechtsstaat: Heute kann ich, gerade im Geschichtsunterricht, sehr viel lebendiger und anschaulicher verdeutlichen, welche Bedeutung ein Rechtsstaat für uns hat, was ihn ausmacht und wie er sich praktisch auf unser Leben auswirkt.

Insgesamt hat der Auslandsschuldienst also meine kulturelle Kompetenz erweitert, meinen Blick auf mich und uns (als Deutsche und Europäer) geschärft und meine Fähigkeit, Integrationsprobleme zu verstehen und damit umzugehen, deutlich verbessert.

Herausforderung Auslandsschuldienst

Aber was macht es auch so schwierig, im Ausland zu leben und dort als Lehrer zu arbeiten?

Da ist zunächst die Erfahrung, ein Fremder zu sein, ein Außenstehender, der nichts versteht. In Ägypten ist dieses Nichtverstehen natürlich noch extremer als beispielsweise im europäischen Ausland, denn die arabische Sprache ist für einen Europäer

zunächst fast hermetisch. Sie ist schwer zu erlernen, man 'schnappt' nichts auf, kann keine Eselsbrücken bilden und sich nur mit großem Fleiß einarbeiten, was schwierig ist, wenn man zugleich eine volle Stelle besetzen muss. Außerdem fehlen uns wichtige 'Systemkenntnisse', wir wissen nicht, wie man sich in gewissen Situationen 'richtig' verhält. Das fängt bei den notwendigen Telefonnummern an: Wen rufe ich an, wenn ich einen Wasserrohrbruch oder gar eine Herzattacke habe? Und weiter frage ich mich: Wo finde ich Hilfe bei täglichen Erledigungen, was sind Tabus, was darf ich sagen, was nicht. Worüber lacht man hier – und worüber lieber nicht? Aus diesem Grund haben die meisten deutschen Auslandsschulen auch einheimische Angestellte, die den deutschen Lehrern dabei helfen, im unverständlichen Dschungel der Bürokratie und der unbekannteren sozialen Strukturen nicht unterzugehen.

Die angesprochenen mangelnden Sprach-, Kultur- und Systemkenntnisse können uns durchaus Angst machen. Wenn man sich für Länder entscheidet, die nicht 'unseren' Grundstrukturen entsprechen, also etwa Länder ohne funktionierenden Rechtsstaat, dann muss man als Auslandsschullehrer auf gewohnte 'Lebenssicherheiten' verzichten. Man ist dann eben im Notfall nicht in wenigen Minuten im Krankenhaus, kommt nicht immer »zu seinem Recht«, die elektrischen Installationen entsprechen nicht unseren Sicherheitsstandards und im Verkehr



ZUM AUTOR

Martin Schnackenberg ist Koordinator am Gymnasium Wilhelm-Raabe-Schule in Lüneburg/Niedersachsen und war insgesamt über zwölf Jahre an deutschen Schulen sowie DaF-Fachleiter in Kairo. Dabei hielt er regelmäßig Vorträge innerhalb der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA).

muss man eine gewisse Regellosigkeit ertragen. Dieses »aus den Sicherheiten fallen« muss man hinnehmen können, wenn man im Ausland arbeitet: Das ist der Preis, den man zu zahlen bereit sein muss. Aber man bekommt auch viel zurück, sehr viel. Und die meisten Kollegen, die mit mir im Ausland waren, wollen keine Minute und keine Erfahrung missen. Und dazu gehören vielleicht auch gerade die schwierigen Erfahrungen, denn gerade die sind es, die mitunter unseren Horizont erweitern können. **Martin Schnackenberg**

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband

Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

Fax

E-Mail

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A

Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

Studienreferendar/in

Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

BIC

IBAN

D

E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7.2 der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Kalenderjahres mit drei monatiger Kündigungsfrist möglich ist.

Hinweis zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gibt der Betroffene entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO die Einwilligung durch seine Unterschrift. Die anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten sind allein zum Zwecke des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich und werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO erhoben. Für jede darüber hinausgehende Nutzung dieser Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es der Einwilligung des Betroffenen.

Ort, Datum

Unterschrift

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben an: **Philologenverband Baden-Württemberg**
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Fax: 07 11 / 2 39 62-77 | E-Mail : info@dphv-bw.de senden/faxen.

Auszug aus der ab 1. Juli 2018 geltenden Beitragsordnung (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	17,76 Euro	A 13/E 14	18,26 Euro
	* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	19,56 Euro	A 15/E 15Ü
Feste Beitragssätze	Studenten	1,82 Euro	Referendare	3,65 Euro
			Pensionäre	7,30 Euro